

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

301 (27.12.1930)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Beleganzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Jahrganges, bei geschäftlicher Betreibung und bei Kontour außer Acht tritt. Erklärungen und Geschäftsbedingungen in Karlsruhe L. D. o. S. 10. Die Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags.

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Ohne Inflation 2.20 Mark o. Durch die Post 2.00 Mark o. Einschusszahl 10 Pfennig o. Erhöhter Umsatz nach dem 1. 11. 1930. Postkontos 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D. Wallstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volksfreund-Filialen: Darlach, Hauptstraße 9; D. Baden, Jagdbausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 301

Karlsruhe, Samstag, den 27. Dezember 1930

50. Jahrgang

Eduard David

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Eduard David ist am 24. Dezember gegen 2.30 Uhr gestorben. Dr. David litt seit längerer Zeit an einer Grippe. Der Tod trat durch Herzlähmung ein.

David wurde am 11. Juni 1863 in Ediger an der Mosel geboren. In Gießen besuchte er das Gymnasium bis Obersekunda. Später wollte er zur See gehen, ließ sich aber in Hamburg, als er die schwere Arbeit der Matrosen sah, von seinem Vater eines Besseren belehren und wurde Kaufmann. Er absolvierte die Lehre in Berlin und kehrte dann nach Gießen zurück, um das Abitur zu machen. Später studierte er Germanistik, Philosophie und Geschichte. Von 1891 bis 1894 war er Lehrer am Gymnasium in Gießen unter der Direktion des bekannten Pädagogen Professor Schiller. Mit seinem Freunde Simon Katzenstein gründete David die Mitteldeutsche Sonntagszeitung, die er auch verantwortungsvoll leitete, ohne daß er sein Lehramt aufzugeben brauchte. Ihm selbst aber war diese Doppelfunktion so unbehaglich, daß er als Lehrer seinen Abschied nahm. 1895 gelang es David, den Abgeordneten Scheidemann zur Übernahme der Redaktion der Mitteldeutschen Sonntagszeitung zu bewegen; er selbst ging nach Mainz in die dortige sozialdemokratische Volkszeitung.

Schon in seiner Gießener Zeit war die Agrarfrage Davids Hauptarbeitsgebiet. Dadurch wurde er auch persönlich bekannt mit Vollmar. Später schrieb er sein bedeutendstes Werk: „Die Sozialdemokraten und die Agrarfrage“, dem andere agrarpolitische Schriften kleineren Umfangs folgten. David wurde dann Mitglied des Hessischen Landtags und 1903 Mitglied des Reichstags. Bis zu seinem Tode hat er dem Reichsparlament angehört. Die Nationalversammlung wählte ihn zu ihrem Präsidenten. Dieses Amt gab David jedoch bald nach der Wahl auf, um in die erste Koalitionsregierung der Republik als Minister einzutreten. Im Jahre 1918 gehörte Dr. David zu den drei Sozialdemokraten, die von der Reichstagsfraktion bestimmt wurden, in das Kabinett des Prinzen Max von Baden einzutreten. David wurde damals Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt.

Für die Partei, besonders aber für die Reichstagsfraktion, bedeutet das Ableben Davids einen herben Verlust. Seit dem Eintritt des Verstorbenen in die Fraktion im Jahre 1903 dürfte es in der Fraktion wohl keine größere politische Debatte gegeben haben, ohne daß der stets temperamentvolle, aber dabei auch durchweg sachliche David das Wort ergriffen hat. David verfügte über ein hervorragendes Wissen und über ein sehr stark entwickeltes Verantwortungsgefühl, das ihn auch inmitten scharfer Auseinandersetzungen beherrschte. David hatte infolge seiner taktischen Einstellung innerhalb der Partei viele Gegner, aber wohl kaum einen Feind. Davor gehörte ihm seine Ritterlichkeit im Meinungsstreit. David gehörte zu den führenden Köpfen des sogenannten Revisionismus. Das brachte ihn sehr häufig in scharfen Gegensatz zu Bebel, Singer usw. Als Bernstein in den Jahren 1898/99 in Aufsätzen und dann durch ein Buch den Marxismus kritischer behandelte, als ihn besonders Rautsch, Mehring, Rosa Luxemburg u. a. vertraten, kam es innerhalb der Partei zu monatelangen sehr heftigen Debatten und dann auf dem Parteitag in Hannover, im Jahre 1899, zur sogenannten „Bernstein-Debatte“. Hier war es David, der für Bernstein gegen die leidenschaftliche Rede Bebel's eintrat und zwar außerordentlich wirkungsvoll. David führte die damals gegen alle Revisionisten erhobene Beschuldigung, sie wollten die sozialistischen Grundzüge verwässern, geradezu meisterhaft ab und sagte zusammenfassend am Schluß seiner Darlegungen:

„Die Bernsteinsche Schrift bricht also nicht mit dem ökonomischen Prinzip der Sozialisierung, sie läuft im wesentlichen darauf hinaus, eine höhere prinzipielle Bewertung der Gegenwart zu auszusprechen. Wir haben die Gegenwart als auch heute ohne die höhere Bewertung restlos bejaht, aber es ist doch ein Unterschied, ob man in dieser Arbeit nur „Fallstrickmittel“ oder Grundsteine zu dem großen Gebäude der Zukunft legt. Ich weiß entschieden alle Versuche zurück, Bernstein oder mir nachzusagen, daß wir auf alle politische Bewegung nicht genug Gewicht legen, daß wir etwa zu machen, nein. Das glauben wir nicht. An alle drei Gebiete, gewerkschaftliche, genossenschaftliche und politische Bewegung, soll der Bebel angelegt, diese Dreifaltigkeit soll hochgehalten werden. Dann erst wird die ganze Kraft entfaltet werden können...“

Wenn Sie von diesem Gesichtspunkte aus Bernsteins Schrift betrachten, so müssen Sie mir zugeben, wenn ich sage: Bernstein gibt der Gegenwart eine höhere Bewertung, die die Zukunft der Weltarbeit wird die Zukunft der Weltarbeit, das ist schon jetzt der Kern der kapitalistischen Wirtschaftsform die Verteilung des Reinertrags ganz wesentlich unannehmbar der Arbeiterklasse zu verschaffen ist. Und diese Auserzucht ist ein bedrohendes Moment in unserem Kampf; im politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen. Und dieses bedrohende Element, diese Auserzucht, diese

höhere Bewertung wird uns zur Eroberung der politischen Macht und zu allem, was kommen mag und kommen wird, auch förderlich sein. Ich habe an einer anderen Stelle bereits meine Ansicht dahin zusammengefaßt: Hoch das Banner der Hoffnung, nicht nur auf eine bessere Zukunft, sondern vor allem und in erster Linie auch auf eine bessere Gegenwart.“

Der Sozialismus war David nicht nur eine Sache klarer Erkenntnis, sondern auch in höchstem Maße Herzsache. Er konnte in erstaunlichem Maße leidenschaftlich werden, wenn er in Versammlungen über das Wesen und die Mission des Sozialismus sprach; in der praktischen politischen Tagesarbeit sah er die Realitäten, denen er Rechnung zu tragen bereit war, wenn die jeweilige Situation nach seiner Ansicht das erforderte. Als nach den Reichstagswahlen 1912 zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Fraktion die Spannung sich merkbar erhöhte und ein ziemlich geschlossenes Vorgehen des linken Flügels in der Fraktion fühlbar wurde, war David der Führer jener Gruppe in der Fraktion, die sich gelegentlich im „Heidelberger“ in Berlin zusammenfand. David ging ganz unbeirrbar seinen Weg, oft manchmal ein bißchen starkpöflich, was ihn ab und zu auch isolierte.

Der Höhepunkt in seinem Leben war, als ihn am 7. Febr. 1919 die Nationalversammlung in Weimar mit 374 von 399 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten des ersten Parlaments der Deutschen Republik wählte. Unter Davids Präsidium wurde auch der erste Reichspräsident gewählt. Und unerwartlich weit allen die Wirkung der Ansprache sein, die David als Präsident der Volksvertretung an den Reichspräsidenten Ebert richtete. (Wir geben sie an anderer Stelle im Wortlaut wieder.) Einen Tag später legte David das Präsidium nieder, weil er in die neugebildete Reichsregierung eintrat, und zwar als Minister ohne Portefeuille. Als nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages Scheidemann, Brodorski-Kanau, Landsberg und Preuß aus der Regierung austraten — bekanntlich lehnten es auch zwölf Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion ab, der Annahme des Versailler Vertrags zuzustimmen — sprang David in die Bresche und übernahm das Innenministerium. Später vertrat er das Reich beim Freistaat Hessen.

Beinahe vier Jahrzehnte hat David seine Persönlichkeit und sein reiches Wissen in den Dienst der sozialistischen Arbeiterbewegung gestellt und der Partei an verantwortungsvollen Stellen Ehre gemacht. Man wird ihn bei den kommenden Beratungen in Berlin sehr vermissen.

Hessens Beileid zum Tode Dr. Davids

Darmstadt, 24. Dez. Staatspräsident Dr. Abelung hat an die Witwe Dr. Davids folgende Beileidsbesetzung gerichtet: „Tief erschüttert vom plötzlichen Hinscheiden Ihres verehrten Herrn Gemahls spreche ich Ihnen und den Ihren auch im Namen der hessischen Regierung mein herzlichstes Beileid aus. Dr. David war mir seit Jahrzehnten ein lieber Freund und dem hessischen Volk ein treuer Anwalt und Führer. Sein Wirken wird im Hessenlande stets in dankbarer Erinnerung bleiben.“

Trauerfeier für Eduard David

Berlin, 27. Dez. (Funkdienst.) Die Trauerfeier für Eduard David findet am Sonntag, den 28. Dezember, vormittags 11 Uhr im Parkfriedhof von Berlin-Lichterfelde statt. Nach der Trauerfeier wird die sterbliche Hülle Davids seinem Wunsch entsprechend, nach Mainz überführt werden. Hier findet am Dienstag, den 30. Dezember, die Beisetzungsfeier statt.

In Berlin-Lichterfelde werden dem Toten letzte Abschiedsworte spenden: Für die sozialdemokratische Partei Hermann Müller, für die Reichsregierung ein Mitglied des Reichskabinetts, im Namen des Reichstages dessen Präsident, Paul Löbe, für die preussische Staatsregierung Karl Severing und für die hessische Regierung ihr Berliner Gesandter Dr. Kauf. In Mainz werden u. a. sprechen: der hessische Staatspräsident Dr. Abelung, und im Namen des republikanischen Reichsbundes, dessen Vorstand David angehörte, Reichstagsabgeordneter Karl Hildebrand, der u. a. zu den nächsten Freunden des Verstorbenen gehörte.

Die Witwe David hat trotz der Weihnachtsfeiertage außerordentlich zahlreiche Beileidsüberungen erhalten. Im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands telegraphierte Otto Wels: „Herzlichstes Beileid ihrem großen Schmerz. Mit ihnen trauert die Sozialdemokratische Partei um Eduard David als einen ihrer treuesten und tapfersten Freunde und Kämpfer.“ Theodor Veit sprach im Rahmen des ADGB u. a.: „Ein fürchterlicher, ein unerklärlicher Verlust nicht nur für Sie und Ihre Familie, sondern ebenso für die große Masse der Arbeiter Deutschlands und für das ganze deutsche Volk. Volk uninger Dankbarkeit denke ich in dieser Stunde der nimmermüden erfolgreichen Tätigkeit des im Leben von mir und meinen Kollegen so hoch geschätzten Toten.“

Davids Ansprache an den ersten Reichspräsidenten

„Meine Damen und Herren! Zum ersten Mal hat sich das deutsche Volk ein Oberhaupt aus freier Selbstbestimmung gegeben. Der neue Reichspräsident ist der Erkorene der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Die einzige Quelle seines Rechts ist der Wille des Volkes, auf ihm allein beruht die Macht und die Würde seiner Stellung. Somit hat das Reich zum ersten Mal ein Oberhaupt, das nach der Art seiner Berufung berechtigt ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. Verwundet ist der Vormund aus ererbtem Recht. An seiner Stelle steht der selbstgewählte Führer. Daß der neue Reichspräsident das Steuer des Staatsschiffes zu führen versteht, hat er in den Monaten des stärksten inner- und außenpolitischen Sturmes bewiesen.“

Es war wahrlich kein leichtes Erbe, das Herr Ebert am 9. November beim Rücktritt des Prinzen Max von Baden antrat. Selten wohl in der Weltgeschichte ist einer Staatsleitung eine schwerere Aufgabe zugefallen. Man versagenwärtige sich den jähren Zusammenbruch des alten Systems, alleinstufig draußen und im Innern, die völlige Niederlage nach vier Jahren Krieg mit allen den Gefahren und Schreden, mit den Zerrüttungen und Wirrnissen, die die Folge sein mußten. Dazu die innere Gefahr, daß die in den Novembertagen fast ohne Kampf vollzogene Staatsumwälzung in einen wilden Bürgerkrieg ausartete.

In dieser gefahrenschwangeren Schicksalsstunde des deutschen Volkes trat Ebert an die erste Stelle. Daß die deutsche Revolution nicht dem Beispiel der russischen gefolgt ist, daß sie nicht wie dort in ein blutiges Chaos, zur völligen Auflösung von Recht und Ordnung, daß sie nicht in Deutschland, wie in Russland, zur fürchterlichsten Zerrüttung alles politischen und wirtschaftlichen Lebens geführt hat, das ist zum guten Teil das Verdienst des Mannes, den sie heute an die Spitze des Reiches berufen haben.

So darf das deutsche Volk das Vertrauen haben, daß es der bewährten politischen Klugheit, der Tatkraft, der Willensfestigkeit seines an die erste Stelle berufenen Mannes gelohnt, auch weiterhin die junge Freiheit zu schützen vor jeder Gefahr, möge sie kommen, woher sie mag, von rechts oder links. Wir dürfen gewiss sein, daß der neue Reichspräsident jedem Versuch, an Stelle des Willens der Volksmehrheit die gewalttätige Diktatur einer Minderheit zu setzen, mit aller Macht entgegen treten wird. Die Demokratie wird in ihm einen starken Hort haben.

So möge denn die frohe Kunde hinausfliegen in die deutschen Lande: ein völkerverwählter Führer ist an die Spitze des Reiches getreten, ein Mann, durchglüht von der Liebe zum deutschen Volke, ein Mann voll tiefen Verständnisses für seine Nöte und Sorgen, für seine Wünsche und Hoffnungen, ein Mann, erfüllt von hartem Willen seiner Mission gerecht zu werden, die Freiheit zu hüten und den Frieden zu schaffen im Innern und nach Außen.

Die Nationalversammlung beauftragt den Präsidenten des Reichs und legt ihm ein in seine hohen Rechte. Möge er sie wahrnehmen im Geiste dieser Beauftragung der freigeählten Vertreter des freien deutschen Volkes!“

Seedt und die Nationalsozialisten

Auf eine Umfrage der Deutschen Allgemeinen Zeitung, ob eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung erwünscht und nützlich sei, hat auch Generaloberst a. D. von Seedt geantwortet und zwar hat er die Beteiligung der Nazis nicht nur als unmöglich, sondern sogar als notwendig bezeichnet. Von Seedt begründet das in einer Betrachtungsweise über die Nationalsozialisten, die nur bei einem Manne möglich ist, dem wirtschaftliche Denkfähigkeit vollkommen fremd ist. Und daß das bei Herr von Seedt zutrifft, haben seine letzten Schriften ganz klar erwiesen. Die Nazis haben ganz offenbar die Sympathie des Herrn von Seedt deshalb gefunden, weil sie für unumschränkte Aufrüstung eintreten und einen kriecherischen Krieg mit tragendem propagieren. Da kann Herr von Seedt nicht mehr kalt bleiben, da muß er lieben.

Ein Nazirüpel

Der Rekord in Lärm- und Zwischenrufen im Parlament muß dem nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Schneider in Braunschweig zuerkannt werden. Er hat unlängst in einer einstimmigen Sitzung des Landtags 97 rüpelhafte Zwischenrufe von sich gegeben.

Ausschreitungen der Nazis

Im Verlauf einer Weihnachtsfeier der Nationalsozialisten in Pfullingen (Württemberg) kam es zu schweren Ausschreitungen. Gegen 2 Uhr nachts sah sich die Ortspolizei genötigt, zwei Nationalsozialisten wegen Kubelförderung zur Feststellung ihrer Person auf die Volkseisbahn zu bringen. Darauf stürmten die Nazis die im Rathaus befindliche Volkseisbahn und besetzten die Gefangenen unter Täuschlichkeiten gegen die Beamten.

Frankreichs Weinernte

Die Weinernte Frankreichs betrug in diesem Jahre nach der amtlichen Statistik rund 42 Millionen Hektoliter gegen 62,9 Millionen Hektoliter im Vorjahre. Unter Einrechnung der noch unverkauften Bestände besitzt sich der Weinbestand Frankreichs auf insgesamt 48,2 (68,3) Millionen Hektoliter, wozu noch etwa 13 Millionen Hektoliter Kellerwein kommen.

Gehaltskürzungen in Bulgarien

Die bulgarische Regierung hat die Kürzung der Beamtenegehälter, Pensionen und Däten der Parlamentarier um 10 Prozent angeordnet. Die Anordnung erfolgte, um das durch den Steuerausfall infolge der Wirtschaftskrise entstandene große Budgetdefizit auszugleichen.

Barbarei in Polen

Schwere Mißhandlungen gefangener Abgeordneter

Warschau, 24. Dez. Die Behandlung der Oppositionsführer in der Zwingfeste wird immer mehr bekannt. Die Oppositionsführer wurden fast ausnahmslos in der Nacht verhaftet, wobei die Gendarmen mit vorgeladenem Revolver eindringen wie in gefährliche Räuberhöhlen.

Dem Abgeordneten Dr. Liebermann wurde, als er im Walde bei Jedice blutig geschlagen war, erklärt, daß hier sein Grab sein werde. Nach der Ankunft in Brest wurden den Gefangenen Kränze, Krawatten, Hosen, Schuhe und Strumpfbänder und sogar die Hemdknöpfe abgenommen. Beim Fotografieren für das Verbrechenalbum wurde jedem Häftling ein Hemdenknopf gegeben, aber gleich darnach wieder abgenommen. Für die 21 Gefangenen in Brest-Litowsk war eine besondere Küche zusammengestellt worden aus dem Obersten Biernaßki, 7 Offizieren, etwa 15 Gendarmen und 3 Schließern. Biernaßki erhielt vom Kriegsminister Pilsudski den Auftrag, sich die geeignetsten Offiziere und Gendarmen zusammenzusuchen. Er erhielt von Pilsudski unmittelbar Instruktionen und Rapporte und erklärte öfter seinen Offizieren, daß sie „auf Gnade und Unnade dem Marschall“ ausgeliefert seien. Die Gefangenen durften nicht rauchen und nicht schreiben. Am sechsten Tage erhielten sie als „Leitüre“ — Regimentsgeschichten, weiterhin keine anderen Bücher. Das alltägliche Reinigen der Gefängnisterritorien mußten die Häftlinge gebüht mit einer kleinen Handbürste besorgen, wobei verboten war, auch nur für einen Augenblick den Körper zu streifen. Biernaßki erklärte einem der Verhafteten: „Das ist ein Gefängnis, aus dem nicht alle herauskommen werden“. Abgeordneter Kiernik wurde von einem Offizier mit einem harten Gegenstand blutig geschlagen und für das Ansprechen eines Mißgefangenen im Korridor auf 24 Stunden in eine Dankschule bei trockenem Brot und Salzwasser gesperrt, ein anderer Gefangener in einer Dankschule geschlagen, weil er sich weigerte, das Lied der Legionäre zu singen. Die Abgeordneten Barlicki und Putef wurden bei der sogenannten Revision mit Häuten geschlagen und Abgeordneter Korzantow erhielt im Abort von einem Hauptmann vier Faustschläge ins

Gesicht: „Polen wird Pilsudski gehorchen und nicht Dir“. Am 11. November wurden die Gefangenen mit je einem Gendarmen in Einzelzellen zur Revision gebracht. Dabei hörte man aus einer der Zellen lautes Schreien, dann Schläge und Stöhnen. Es war der Abgeordnete Barzinski, der mit einem Kleinen bearbeitet wurde. Währenddessen hörte man einen Revolverknall, der, wie sich später erwies, im Korridor abgegeben war, damit die Gefangenen glauben, jemand wäre erschossen worden. In einer anderen Zelle wurde Korzantow mit dem Tode gedroht und gefordert: „Sie müssen den Marschall lieben, sonst werden Sie wie ein Hund auf der Straße erschossen werden.“ Als die Gefangenen nach zwei Monaten Aushungerung wieder normale Soldatenkost erhielten, wurden sie sämtlich schwer magenkrank. 75 Tage lang gab es für die Gefangenen kein Bad und nur dreimal erhielten sie Schüsseln mit kaltem Wasser, um die Füße zu waschen. Die Mehrzahl der Häftlinge wurde belohnt. Der Staatsanwalt Michalowski wurde Justizminister und erhielt einen Orden. Der Unterrichtsminister Demant avancierte zum Appellationsgericht und mehrere der Offiziere wurden außerordentlich rasch befördert. Sie alle wurden für Brest besonders entlohnt.

Gegen das polnische Schandregiment

Warschau, 24. Dez. Die Protestbewegung gegen die Vorhänge im Militärgefängnis von Brest-Litowsk nimmt in ganz Polen immer größeren Umfang an. Zahlreiche Professoren der Warschauer Universität und der Technischen Hochschule in Warschau veröffentlichten Aufrufe, in denen sie dem Verhalten der Krakauer Hochschullehrer nach Auffassung der Rechtsminderheiten und Grausamkeiten gegen die oppositionellen Abgeordneten sich anschließen. Mehrere der Opfer, wie Professor Liebermann, erhalten in der Presse Sympathieausdrücke. Auch bekannte Schriftsteller, die bisher als Regierungsanhänger galten, treten mit solchen Erklärungen hervor. Die sozialistische Robotnik stellt fest, daß die Regierung nach wie vor Schweigen beobachtet.

Wie die Bürgersteuer eingezogen wird

Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Nach den maßgebenden Bestimmungen hat der Arbeitgeber die Bürgersteuer bei Lohnempfängern in zwei gleichen Raten bei der ersten, auf den 10. Januar 1931 und 10. März 1931 folgenden Lohnzahlung einzubehalten. Zur Erleichterung für die Arbeitnehmer hat der Reichsminister der Finanzen im Einvernehmen mit den Reichsratsausschüssen die Arbeitgeber ermächtigt, in den Fällen der Lohnzahlung für Zeiträume von nicht mehr als einer Woche den Betrag jeder der beiden Bürgersteuern auf die Lohnzahlung in der Zeit vom 11. bis 24. Januar 1931 bzw. 11. bis 24. März 1931 zu verteilen. In den Fällen, in denen die Lohnzahlung wöchentlich am Freitag erfolgt, könnte, wenn von der Ermächtigung Gebrauch gemacht wird, die eine Hälfte der Bürgersteuer auf den Freitag, den 16. Januar und die andere Hälfte am Freitag, den 23. Januar einbehalten werden. Die einbehaltenen Beträge sind binnen einer Woche nach der letzten Lohnzahlung an die Gemeindefinanzabteilung abzuführen.

Der Papst gegen den Nationalismus

Der Papst hielt am Mittwoch vor den Kardinälen, die ihm Weihnachtswünsche überbrachten, eine Weihnachtsrede. Sie enthielt u. a. die seit langem vom Papst erwartete Verdammlung des Nationalismus und der Kriegsverbrechen. Einleitend sprach der Papst von der ungeheuer schweren Wirtschaftslage und der überall verbreiteten Arbeitslosigkeit. Sie raube vielen Arbeitern und ihren Familien das nötige Brot. Dieser Zustand lasse immer dringlicher eine Besserung der sozialen und internationalen Ordnung notwendig erscheinen. Sie müsse auf größerer Gerechtigkeit und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Völkern beruhen, statt des gegenwärtigen Kampfes. Er (der Papst) wünsche der ganzen Welt den Frieden, aber es müsse der Frieden Christi sein und nicht einer, der nur auf einem „sentimentalen, verworrenen und äuerlichen Pazifismus“ beruhe. Es müsse ein Frieden der allgemeinen Gerechtigkeit sein. Aber schwierig sei, um nicht zu sagen unmöglich, sei es, daß Frieden zwischen Völkern und Staaten herrsche, wenn anstatt wahrer und natürlicher Vaterlandsliebe ein egoistischer, harter und rücksichtsloser Nationalismus herrsche, der gleichbedeutend sei mit Haß und Neid, anstatt des gegenseitigen Wohlwollens.

Am Schluß seiner Weihnachtsbotschaft kündigte der Papst eine neue päpstliche Enzyklika über die christliche Ehe im Zusammenhang mit den neuen Bedürfnissen und der Umordnung von Familie und Gesellschaft an.

Deutschlandbund

Von der vorläufigen Geschäftsstelle des Deutschlandbundes (Berlin NW. 87, Siegmundhof 12 VI., Fernruf: Hanja 2404) wird mitgeteilt:

Der staatsbürgerliche Kreis, der unter dem Namen Deutschlandbund am 18. Dezember mit der großen Müde-Versammlung im Berliner Sportpalast zum ersten Male an die Öffentlichkeit getreten ist, beabsichtigt, die begonnene Arbeit fortzusetzen, will aber eine feste Vereinigung bleiben und denkt vor allem nicht daran, eine neue Partei zu gründen. Er verzichtet des halb auch darauf, zur Einführung des Bundes die üblichen fünfzig „Prominenten“ mobil zu machen, sondern vertritt allein der verbundene Kraft seiner Aufgabe: durch entschiedene Abwehr des Radikalismus von Rechts und von Links Deutschland vor einer Abenteuer politik zu bewahren und durch energischen Kampf gegen die fortschreitende Verwilderung der politischen Sitten zur Erneuerung des politischen Lebens in Deutschland und damit zur Wahrung seines Ansehens in der Welt beizutragen.

Bolschewistische Sklaverei

Wie Kommunisten Arbeiter behandeln

Koskau, 24. Dez. Das Arbeitskommissariat erließ sächs Erhöhung der Arbeitsleistung neue Bestimmungen, durch die strengste Disziplin in der Arbeitstätigkeit erreicht werden soll. Arbeiter, die die Disziplin systematisch verletzen, werden künftig strafflos und ohne Entschädigung entlassen und dürfen sechs Monate in keinem anderen Betrieb beschäftigt werden. Wenn die Verletzung der Disziplin in böser Absicht geschieht, werden die Arbeiter strafgerichtlich zur Verantwortung gezogen werden. Falls ein Arbeiter die Arbeitsleistung nicht rechtzeitig davon unterrichtet, daß ein durch ihn hergestelltes Erzeugnis untauglich ist, verliert er den Anspruch auf Lohnanspruch.

„Für die Arbeiter der ganzen Welt“

In einer Weihnachtsbetrachtung im sozialdemokratischen Organ von Zürich, im Volksrecht, wird die wirtschaftliche und politische Situation in Deutschland eingehend behandelt und dabei auf den schweren inneren Kampf hingewiesen, der gegenwärtig in Deutschland inmitten einer furchtbaren Wirtschaftskrise sich entsponnen hat. Mit welcher Aufmerksamkeit die Sozialisten im Auslande den innerpolitischen Kampf in Deutschland verfolgen, und welche große Bedeutung sie ihm beimessen, geht aus den Schlussätzen des oben erwähnten Artikels hervor. Sie lauten:

„Der Kampf, der zwischen Freiheit und Reaktion, zwischen Proletariat und Kapital in Deutschland begonnen hat, und im Begriff ist, sich zu einer Art Endkampf zu entwickeln, hat eine Bedeutung, die sich weit über die Deutschlands Grenze hinaus erstreckt. Nicht nur der deutsche Arbeiter, nein, die Arbeiterchaft der ganzen Welt wird es spüren, wenn das deutsche Proletariat in diesem Kampf bezwungen werden sollte. Die Arbeiterchaft der ganzen Welt wird es spüren, wenn das Kapital in Deutschland siegreich sein, und die deutsche Arbeiterchaft unter eine Diktatur gestellt werden sollte, die unerträglich wäre, als die Italiens. Das Schicksal der Arbeiterchaft der ganzen Welt ist es, um das der Kampf in Deutschland geht. Deutschland ist nur das zermürdete Land, der gezeichnete Kampfplatz, wo der Sieg über das Proletariat vom internationalen Kapital am ehesten erwartet wird.“

Die Ernte 1930

Vom wucherischen Zwischenhandel

Die Ernte 1930 gehört mit zu den besten Ernten, die in der Nachkriegszeit in Deutschland erzielt worden sind. Die Serie der letzten Jahre, die allerdings zu mehr oder weniger bedauerlichen Experimenten auf den Märkten führte, setzte sich also fort. Nach den vorliegenden Durchproben nimmt das Reichsstatistische Amt an, daß gegenüber dem Durchschnitt der Ernten in den Jahren 1924/25 etwa 10 Prozent mehr Brotgetreide, 2,6 Prozent mehr Gerste, 24,5 Prozent mehr Kartoffeln und 39,8 Prozent mehr Zuckerrüben geerntet worden sind. Auch in Heu sind die Mehreträge im allgemeinen nicht unbedeutend. Die Ernte liegt gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1924/25 bei Weizen um 12 Prozent, bei Roggen um 11 Prozent und bei Luzerne um 30, Prozent höher. Vergleichlich mit den reichlichen Erträgen der Ernte 1929 blieben die Erträge der diesjährigen Ernte zwar bei einigen Getreidearten (Roggen um 5,8 Prozent), Gerste (um 10 Prozent) und Hafer (um 23,4 Prozent) zurück, übertrifft aber bei den meisten wichtigeren Fruchtarten sowohl die vorjährigen Erträge im Durchschnitt der letzten 6 Jahre, mit Ausnahme von Hafer, bei dem sich auch hiergegen ein weniger (um 11,4 Prozent) ergibt.

Die Erntenernte, die im Jahre 1929 gleich 132 000 und im Jahre 1928 gleich 133 000 Tonnen erbrachten, machte diesmal nur 115 000 Tonnen aus. Die Ernte an Speisebohnen ist mit 12 000 Tonnen gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben und liegt um rund 1000 Tonnen höher als im Jahre 1928. Die Kohlerntenernte ist mit 7,226 Millionen Tonnen höher ausgefallen als im Vorjahr, wo nur 6,679 Millionen Tonnen ausmachte. Im Jahre 1928 betrug die 7,992 Millionen. Die Mohrerntenernte beträgt 625 000 Tonnen (1929 gleich 518 000 Tonnen und 1928 gleich 549 000). An Weizenkohl wurden im Jahre 1929 und 821 000 Tonnen im Jahre 1928.

Gerade bei den Mastpferden muß man feststellen, daß die guten Ernten im Jahre 1930 sich keineswegs auf den Preis auswirken konnten. Das ist kein Wunder; mußte man doch an amtlicher Stelle zugeben, daß das Mastpferdevieh zum Teil auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher einen Aufschlag von 100 und mehr Prozent unterworfen wird. Bei einzelnen Gemüsesorten, z. B. Zwiebeln soll sogar ein Aufschlag von rund 1000 Prozent üblich sein.

Vorläufig keine Kapitalabfindung

Das Reichsarbeitsministerium hat in einer Mitteilung an den Reichsbund der Kriegsbeschädigten darauf hingewiesen, daß die ungünstige Finanzlage des Reiches die Bewilligung von Kapitalabfindungen im laufenden Rechnungsjahre (bis 31. März 1931) nicht mehr zuläßt. Es warnt deshalb vor dem Abschluß von Verhandlungen und vor Grundstücksverkauf ohne die Gewißheit der Bewilligung von Kapitalabfindung zu haben. Leider wird man auch im Rechnungsjahre 1931/32 durch erhebliche Streichungen am Veranschlagungsetat mit wesentlichen Einschränkungen bei der Kapitalabfindung rechnen müssen.

Kommunistische Rohleitsakte

Wie am 27. Dez. (Sunddienst.) Die am 27. Dezember in Weimar veranfaßte „Hungerdemonstration“ der Kommunisten führte zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, in dessen Verlauf vier Kommunisten durch Pfeerschüsse verletzt wurden. Zwei Beamte erlitten lo schwere Stiche, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Nach der Entscheidung



„Herr Minister machen einen so ramponierten Eindrud...“

lung. Diese drakonische Verordnung ergänzt die frühere, die einen freiwilligen Wechsel der Arbeitsstelle verbietet, und wurde erlassen, um die mögliche Beilegung des Tempos der Erfüllung des Fünfjahresplanes durchzuführen, die durch das Plenum des Volkskongresses der Partei gefordert wird.

Der neue Verwaltungsrat der Reichsbahn

Von den am 31. Dezember 1930 aus dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichseisenbahngesellschaft ausscheidenden Mitgliedern hat die Reichsregierung den Geh. Kommerzienrat Kämmer, Reichsbahnpräsidenten a. D. Dr. Ritus, Staatssekretär a. D. Dr. Karl Stieker und Hermann Mühlmeier wieder ernannt. Ferner sind die Herren Landrat a. D. Freiber von Wilmowitz, Ministerialdirektor Geheimer Rat Dr. Ulrich Kienast-Redden neu ernannt worden. Herr von Hertel ist von der bayerischen Regierung, Dr. Stieker von der württembergischen Regierung und Asten von der sächsischen Regierung benannt worden.

Die Arbeitslosigkeit in Nordamerika

Washington, 24. Dez. Die Ausgaben für öffentliche Postarbeiten in dem neuen Haushaltsplan werden auf 885 Millionen Dollar besetzt. Die Zahl der Arbeitslosen in Amerika beläuft sich nach einer Statistik des amerikanischen Gewerkschaftsbundes auf 53 Millionen. Im Verlauf des letzten Monats ist die Arbeitslosigkeit um 5 Prozent gestiegen gegenüber 28 Prozent in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Faschistische Versprechen, faschistische Taten

Das Verhalten der Nationalsozialisten in den Parlamenten und dort, wo sie in der Regierung sitzen, steht in schreiendem Widerspruch zu alledem, was sie in Versammlungen in Flugblättern und in ihren Zeitungen versprochen. Sie denken entweder gar nicht daran, in den Parlamenten zu fordern, was sie in den Versammlungen versprochen, oder sie tun das strikte Gegenteil davon. Genau so hat es Mussolini und genau so hat es der italienische Faschismus gemacht.

Den unmittelbaren Anlaß zu der viehischen Ermordung Matteotti gab dessen Absicht, in der Kammer eine von ihm verfaßte Denkschrift über die Wirtschaftslagen des Faschismus vorzulegen. In dieser Denkschrift hatte Matteotti folgende Feststellungen getroffen:

Mussolini hat in einer Wahlrede 1919 versprochen: „Eine der vornehmsten Forderungen des faschistischen Programms ist die Dezimierung des Reichtums, die Konfiskation der Ueberkriegsgewinne und die brutale Besteuerung des Kapitals.“

Im Juli 1920 wurde in dem Programm des faschistischen Zentral-Komitees gefordert:

1. Progressive Besteuerung des Kapitals, tatsächliche Enteignung aller Reichtümer in kürzester Zeit.
2. Einziehung aller Güter der geistlichen Kongregationen und Abschaffung aller kirchlichen Privilegien.
3. Starke Besteuerung der Erbschaften.
4. Beschlagnahme aller Ueberkriegsgewinne.

Matteotti stellte diesem Programm die nackte Wirklichkeit gegenüber: Kaum war die faschistische Regierung am Ruder, als sie die Verwirklichung bei den Banken aufhob, wodurch die Börsenpapiere jeder Besteuerung entzogen wurden.

Bereits am 6. November 1922 erklärte der faschistische Unterstaatssekretär im Finanzministerium: Die Einziehung der Kriegsgewinne muß wieder befeitigt werden. Bald danach erklärte der faschistische Finanzminister, die Besteuerung des Kapitals wäre eine äußerst dumme Maßregel. Die Besteuerung der Vorstände der Aktiengesellschaften wurde aufgehoben.

Dagegen wurden Steuern auf die Gehälter aller Staatsbeamten, Eisenbahnbeamten und Schiffahrtsanachselten angeordnet. Die kleinen Landwirte wurden mit schweren Steuern belegt. Gleichseitig wurden die Zölle auf Getreide, Reis, Mehl, Wein, Wehstoffe, Käse beibehalten, die Massenbelastung des Koniums rücksichtslos durchgeführt.

Wenn in Deutschland die Nationalsozialisten die Macht erlangen würden, gerieten die deutschen Arbeiter genau in die gleiche politische und wirtschaftliche Verfassung, wie es in Italien Tatsache geworden ist. Von den übrigen Gefahren gar nicht zu sprechen, die mit einer vorübergehenden faschistischen Herrschaft für den Bestand des deutschen Reiches und für die materielle Existenz eintreten müßten.

Die Wahlen der Kreisverwaltung und Kreisrats für den Kreis Karlsruhe

Mit den diesjährigen Gemeindevahlen wurden auch die Wahlen der Kreisverwaltung und der Kreisabgeordneten vollzogen. Das Verhältnis der Parteien ist für den Kreisrat und die Kreisabgeordneten dasselbe wie bei den Gemeindevahlen. Die Parteien haben dadurch, daß sie ein **zusammenhängendes** unter den verschiedenen Parteien anstehen, an Stärke zugenommen, so daß für alle in Frage kommenden Parteien die stärkste Partei ist. Das Übergewicht an Stärke ist bei den Kreisabgeordneten nicht so stark, wie bei den Gemeindevahlen an einzelnen Parteien.

Das Stärkeverhältnis im Kreis Karlsruhe ist folgendes: Nazi 21, SPD 20, Zentrum 16, KPD 5, dann folgen die bürgerlichen Gruppen, wie Deutschnationale mit 3, Deutsche Volkspartei mit 1 usw. Die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums, sind sehr schwach. Die Deutschnationale, Einzelklub als Kreisabgeordnete haben auch Zentrum und Sozialdemokratie.

Auf Grund des Stärkeverhältnisses der Kreisabgeordneten ist auch die

In diesem Ringen im Zentrumslager liegt aber die Richtung **Reißer-Stadelbacher**, die sich für Stritt einsetzt. Wiederum eine neue Situation für die Unterhändler beider Parteien. Unsere Fraktion hielt an ihren Forderungen, 3 Kreisräte und den stellvertretenden Vorsitzenden fest, selbst auf die Gefahr hin, daß sich alle bürgerlichen Parteien einschließen der Nazis gegen uns zusammenschließen.

Bis unmittelbar vor dem Wahltermin war noch keine Einigung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie erzielt. Kurz vor der Wahl wurde in Kreisen des Zentrums erwogen,

eine Vereinbarung zwischen Nazi und Zentrum anzustellen, man rechnete damit, daß alle bürgerlichen Solitarparteien diesem Kompromiß beitreten würden, um der Sozialdemokratie nicht nur den stellvertretenden Vorsitzenden streitig zu machen, sondern ihr auch noch einen Kreisrat abzujagen, damit sie im Kreisrat selbst nur noch 2 bis 4 Vertreter haben sollte.

Dieser Plan, bei dem unteres Erachtens die Richtung **Meißner-Stadelbacher** als Urheber bezeichnet werden kann, mußte fallen gelassen werden, weil man von der Landesleitung des Zentrums aus mit Rücksicht auf die Koalition im Landtag zurückblicken hat. Man versuchte alsdann mit allem Nachdruck unsere Fraktion zum Nachgeben zu bringen, mit dem Verlangen, dem Zentrum den stellvertretenden Vorsitzenden auszuliefern. Unsere Fraktion blieb fest auf ihren Forderungen stehen. Das Zentrum zog sich kurz vor dem Wahlgang nochmals zurück, um Stellung zu nehmen zur Wahl des Kreisrats. Abschließend an diese Verhandlungen erklärte das Zentrum sich bereit, uns bei der Wahl des Stellvertreters zu unterstützen.

Das Resultat der Wahl

Wie folgt:
Kreisrat: Sozialdemokratie: Schübelin, Worsheim, Ritsert, Durlach, Koch, Karlsruhe.
Zentrum: Dr. Reißer, Bruchsal, Stadelbacher, Karlsruhe.
Arbeitsgemeinschaft (Deutsche Staatspartei, Evans, Volksdienst, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei): Schweigert, Worsheim.
Nazi: Plattner, Friedrichstal, Ball, Karlsruhe, Schmitt, Jansenhollen.
1. Vorsitzender: Stritt, Karlsruhe (Dem.), 2. Vorsitzender: Töpfer, Karlsruhe (Soz.).

Das Ringen um die Macht in der Kreisverwaltung hat mit den Wahlen ihr Ende gefunden.

Die eigenartigen Charaktereigenschaften, die das Zentrum bei dieser Wahl an den Tag legte, mit der Partei Verbindung zu suchen, deren Vertreter vom Zentrumsvorstand im Landtag geschickt wurde, löst den Schluss zu, daß im Zentrum starke Kräfte am Werk sind, die das Bestreben haben, mit der Sozialdemokratie zu verbinden, die als schlimmster Feind der Weimarer Verfassung und der republikanischen Staatsform zu betrachten ist. Durch die Taktik **Reißer-Stadelbacher** ist das Zentrum in eine Situation hineingemauert worden, das seinen Ansehen großen Schaden zugefügt hat und außerdem eine Position im Kreisrat verloren hat, die es mit unserer Hilfe hätte gewinnen können.

Die Nazis präsentierten als Vorsitzenden einen **Freier von Schabinger**. Dieser Baron ist nach Ansicht der Nazis ein würdiger Vertreter der Nazis. Die Nazis hielten trotz ihrer nur fünf Vertreter an einer eigenen Kandidatur **Bauer-Karlsruhe** und **Weinbrecht-Durlach** fest. Die Deutschnationalen stimmten bei der Wahl der Kreisräte mit den Nazis. Diese Seelenverwandtschaft haben wir noch zu befrachten. Bei der Wahl des Vorsitzenden stimmten neben Deutschnationalen auch noch der **Ev. Volksdienst** und die **Wirtschaftspartei** mit den Nazis. Eine Verwandtschaft in aufsteigender Linie mit den Nazis.

Freistaat Baden

Gehaltskürzung bei der Landeskirche

Die Kirchenregierung der evangelischen Landeskirche hat zur Gehaltskürzung ein vorläufiges kirchliches Gesetz beschlossen, nach dem vom 1. Februar 1931 ab die Dienstbesoldungen der ständigen und unständigen Geistlichen, soweit sie aus Grundbesitz und Stellenzulage bestehen, um 6 Prozent ihres Betrages gekürzt werden mit Ausnahme der Kinderaufzüge, Dienstwohnung oder Wohnungsgeld und Dienstaufwandsentschädigung. Ebenfalls um den gleichen Prozentsatz werden auch die Bezüge mit Ausnahme der Kinderaufzüge der im Ruhestand befindlichen Pfarrer und der Hinterbliebenen von Geistlichen gekürzt.

Da die staatlich-kirchlichen Beamten den jeweiligen staatlichen beamtenrechtlichen Bestimmungen unterliegen, werden, nachdem der Kirchenpräsident bereits mit Wirkung vom 1. November an auf 20 Prozent seines Grundbesitzes verzichtet hatte, vom 1. Februar 1931 ab die Amtsbesoldungen des Kirchenpräsidenten ebenfalls um 20 Prozent wie die Amtsbesoldungen der Minister, und die Amtsbesoldungen der übrigen kirchlichen Beamten, zu denen auch die Mitglieder des Oberkirchenrates gehören, und der staatlich-kirchlichen Beamten, die Bezüge der Ruhestandsbeamten und die Versorgungsbesoldungen der Hinterbliebenen von Beamten um 6 Prozent gekürzt.

Gewerkschaftliches

Der Konflikt bei der Reichsbahn

Die Verhandlungen zur Beilegung des Arbeitskonfliktes bei der **Reichsbahn** werden am 5. Januar fortgeführt. Die Schlichterkammer wird eine Informationsreise nach Hamburg, München, Erfurt und Leipzig unternehmen. — In den Nachverhandlungen über den zweiten Teil des Schiedspruches, der die achtstündige Arbeitszeit ab 16. Januar für Eisenbahnausbesserungswerke und Bahnunterhaltung festsetzt, haben die Gewerkschaften, obwohl sie anfänglich eine ablehnende Haltung eingenommen hatten, schließlich zugestimmt, um die in dem Spruch immerhin enthaltenen Verbesserungen nicht preisgeben zu lassen.

Kündigung des Reichstaxi-Ferrenkonfession

Der Arbeitgeberverband der **Herren- und Knabenkleiderfabrikanten** hat mit Ablauf am 31. März 1931 den Reichstaxi-Ferrenkonfession und den Reichstaxi-Zuschneider gekündigt, das wiederum das Lohnabkommen zu den beiden Reichstaxi mit Ablauf am 30. April 1931. Für den Manteltaxi sind Anträge auf weitestgehende Verschlechterung der Ferienbestimmungen gestellt, wonach eine Kürzung für Ferientage von 30 bis 50 Prozent eintreten soll. Zum Stundenlohn sind weitgehende Verschlechterungen für die Stützzeiten gefordert und für das Lohnabkommen wird eine generelle Lohnkürzung von 15 Prozent verlangt, sowie eine Kürzung des Seimarbeiterzuschlages um 25 Prozent. Außerdem ist noch eine Reihe sonstiger Verschlechterungsanträge zu den verschiedensten Spezialfragen gestellt worden. — Die Konfessionäre stellen hiermit so weitgehende Forderungen, daß es fraglich erscheint, ob ein tragfähiger Tarif wieder zustande zu bringen ist. Für die Konfessionäre aber ist es die höchste Zeit, daß sie sich auf die Wahrnehmung ihrer Interessen besinnen, den alljährlich nach vorliegenden Indifferenzismus abflaut und durch geschlossenes Benehmen in der Organisation gemeinsam den Kampf in der Abwehr dieses Generalangriffs der Unternehmer führt.

Einen neuen Rekord

In der Lohnabkämpfung der Arbeitgeber haben die schlesischen **Ziegelwerke** aufgestellt. Sie fordern nicht weniger als 20 Prozent Lohnkürzung für die Ziegelindustrie Schlesiens. Dabei gehören die Spitzenlöhne der schlesischen Ziegelindustrie mit zu den niedrigsten in Deutschland. In der ersten Ortslohnklasse (Breslau ufm.) betragen sie jetzt für qualifizierte Ziegelfacharbeiter 74, für ungelernete Arbeiter 63, für Arbeiterinnen 45 und für Handwerker 84 Pf. In der niedrigsten Ortslohnklasse für qualifizierte Ziegelfacharbeiter 64, ungelernete Ziegelfacharbeiter 51, Arbeiterinnen 38 und Handwerker 72 Pf. — Die Ziegelfacharbeiter möchten durch eine Radikalfahr die Krise lösen. Die Frage ist nur, ob sich die schlesischen Ziegelfacharbeiter diese Radikalfahr so ohne weiteres gefallen lassen. Die Unternehmer glauben, ja, wo der größte Teil der Ziegelfabrik nicht produziert und nur wenig Ziegelfacharbeiter beschäftigt sind, zum Ziel zu kommen. Gegen ihr Treiben gibt es nur einen Schutz: reifliche Geschlossenheit im Verband der **Zugarbeiter Deutschlands**.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 27. Dezember 1930 bis 5. Januar 1931.

Am Landestheater: Samstag 27. Dezember: *C 12. Th.-Gem. III. S.-Gruppe, 2. Höhe und 101-1100. Der Kaufmann von Venedig, Lustspiel von Shakespeare, 20-22.15 Uhr (5.-). — Sonntag, 28. Dezember: Nachmittags: 6. Vorstellung der Sonderreihe für Musikliebhaber: Die Bohème, von Puccini, 15.15-17.30 Uhr (4.50). Abends: *A 1. Th.-Gem. II. S.-Gr. und 901-1000. Fiedels von Beethoven, 19.30 bis nach 22 Uhr (8.-). — Montag, 29. Dezember: *B 11. Th.-Gem. 1301-1300. Das Kamm des Armen, Tragödie von Stefan Zweig, 20-22.30 Uhr (5.-). — Dienstag, 30. Dezember: *C 12. Th.-Gem. I. S.-Gr. Der Evangelist, Musikalisches Schauspiel von Mendel, 20-22.15 Uhr (7.-). — Mittwoch, 31. Dezember: Außer Mitter: Die schöne Helena, Komische Oper von Offenbach, 20-22.30 Uhr (7.-). — Donnerstag, 1. Januar: Nachmittags: Der große Christus, Weihnachtsmärchen von Wieg von der Frenk, 15-17 Uhr (3.-). Abends: *D 12 (Donnerstagmiete), Carmen, von Bizet, 19-22 Uhr (8.-). — Freitag, 2. Januar: *E 12 (Freitagmiete) Th.-Gem. 1301-1400. Der Kaufmann von Venedig, Lustspiel von Shakespeare, 20-22.15 Uhr (5.-). — Samstag, 3. Januar: *A 12 Th.-Gem. 1101-1200. Zum ersten Mal: Elisabeth von England, Schauspiel von Ferdinand Brudner, 20-23 Uhr (5.-). — Sonntag, 4. Januar: *E 12. Th.-Gem. 1401-1500. Die Waise, von Sauer, 18-22.30 Uhr (8.-). — Montag, 5. Januar: *C 13. Th.-Gem. 101-200. Elisabeth von England, Schauspiel von Ferdinand Brudner, 20-23 Uhr (5.-).

Zur **Städtischen Konzertsäle**: Sonntag, 28. Dez.: *Meine Schwester und ich, Operette in zwei Akten und einem Vor- und Nachspiel nach Bert und Bertel von Robert Blum. Gefangenschaft und Mitter von Guido Frensch, 19.30-22.15 Uhr (3.50). — Donnerstag, 1. Januar: *Meine Schwester und ich, 19.30-22.15 Uhr (3.50). — Sonntag, 4. Januar: Die Gasse, die sich Liebe nennt, Komödie von Burck, 19.30-21.45 Uhr (3.-). Musikalisches Schauspiel: Montag, 29. Dezember: In Baden-Baden: Die schöne Helena.

Aus aller Welt

Familientragödie

Stuttgart, 24. Des. Gestern Abend wurde in einem Hause der Hauptstraße eine 56jährige Witwe, ihr 25 Jahre alter herabgealterter Sohn und ihre 23 Jahre alte ledige Tochter in der Küche durch Gas vergiftet aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor.

Amerikanische Unfallstatistik zu Weihnachten

New York, 26. Des. In den USA sind an den Weihnachtsfesten 200 Menschen infolge von Autounfällen und Stürzen, Ertrinken und Jagdunfälle ums Leben gekommen. Zwei Drittel der Verstorbenen sind den Autounfällen zuzurechnen, namentlich auf den Straßen des mittleren Westens, wo allein 80 Personen täglich verunglücken.

Kaubüberfall durch Motorradfahrer

Hamburg, 24. Des. Im Stadtteil Altona wurde heute vormittags ein 18jähriger Bote, der für seinen Arbeitgeber 8000 M zur Kasse bringen sollte, von einem Mann angefallen, der ihm eine Handvoll Pfeffer ins Gesicht schleuderte. Der Räuber entwendete dem Boten das Geldpaket und schwang sich auf den Sattel des marierenden Motorrades, das mit ihm davonjagte. Für die Überberbehaftung der gerubten Summe sind 10 Prozent Beschlagnahme ausgesetzt.

800 Todesopfer des Vulkanausbruchs auf Java

Katavia, 24. Des. Nach nichtamtlichen Feststellungen sind bei dem Ausbruch des Vulkans Merapi auf Java mehr als 800 Personen ums Leben gekommen. Die Zahl der Flüchtlinge wird auf 24000 geschätzt. Die von Wissenschaftlern vorgenommenen Messungen ergeben, daß die Lava kurz nach dem Ausstritt aus dem Krater die höchste Temperatur von 1350 Grad Celsius aufweist.

Er mordung eines Missionars in China

Schanghai, 24. Des. Chinesische Banditen entführten den katholischen Missionar Marcus, als er sich auf dem Wege nach dem Hafen der Provinz Kuech befand. Der Missionar wurde gefoltert, dann hingen ihm die Banditen beide Augen aus und ermordeten ihn schließlich.

Mord und Selbstmord

Jülich, 24. Des. Am Dienstagabend wurde der von der Arbeit heischende Dieb **Huber** in Jülich von seinem Logiswirt **Ernst Wille** mit fünf Revolverkugeln empfangen, die ihn erheblich, aber nicht lebensgefährlich verletzten. Huber konnte noch fliehen und die Polizei benachrichtigen. Die Beamten fanden die Tür verschlossen und mußten sich gewaltsam Einlaß in die Wohnung Willes verschaffen. Als sie in das Zimmer trat, bot sich ihnen ein schauerlicher Anblick. Die 30jährige **Gertrud Kleiner** aus **Warau**, die Freundin des Wille, lag erschossen auf dem Boden, Wille selbst mit lebensgefährlichen Verletzungen daneben. Der Täter ist am Dienstagabend noch seinen Verletzungen erlegen. Die Tat führt man auf eine augenblickliche eistige Umnachtung zurück.

Furchtbares Verbrechen an einem Kinde

Nachen, 26. Des. Am Nachmittage des Heiligen Abends ist in **Talern bei Jülich** ein seit einigen Tagen vermisstes Kind in der Scheune der elterlichen Wohnung im obersten Stockwerk unter **Solworratten** tot aufgefunden worden. Die Obduktion ergab, daß an dem Kinde ein **schweres Sittlichkeitsverbrechen** verübt und es dann ermordet worden ist. Blutspuren im Hause lassen darauf schließen, daß das Verbrechen am Fundort selbst begangen wurde. Das Kind war das jüngste von 17 Geschwistern, von denen zwei bereits früher gestorben sind.

Mord am Heiligen Abend

Planig (Rheinhesen), 26. Des. Am Heiligen Abend ereignete sich hier eine **einstufige Mordtat**. Der Schiffsmechaniker **Anton Ingenbrand**, der auf einem Rheindampfer Schiffsdienst tat, erriet mit seinem Bruder **Paul** in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf **Paul Ingenbrand** eine Art ergriff und seinen Bruder mit einem **wichtigen Schlag** den Schädel spaltete. **Anton Ingenbrand** kürzte sofort tot zusammen; der Täter wurde verhaftet.

Zusammenstoß zwischen D-Zug und Auto in Spanien

Valencia, 26. Des. Der D-Zug Valencia-Teruel stieß bei einem Bahnübergang mit einem Personenauto zusammen. Zwei Fahrgäste kamen ums Leben, zwei wurden schwer verletzt.

3 Roth-Händle 3
 3 Plg. Cigaretten — in altbewährter Qualität!

Der Lohnkampf der Metallarbeiter in Süddeutschland

Mit geradezu verzweifelter Anstrengung versuchen die Unternehmer der Metallindustrie, Löhne und Abfalle zu reduzieren und wägen willige Selbstbeschränkung bei den Schlichtungsinstanzen zu suchen. Sie wissen, daß kein anderer als der frühere Führer der schlichtenden Gewerkschaften, Stegerwald, diesbezügliche Richtlinien die Schlichtungsinstanzen und Schlichter erteilt hat. Seit auch seit langem als der Vertrauensmann der Unternehmer, lassen wir ihm diesen zweifelhaften Ruhm. Wenn aber in dieser und für sich in schwerer Zeit die deutsche Wirtschaft noch durch Arbeitskämpfe erschüttert wird, trägt neben dem unebenen Gelände der Schlichter im Unternehmerlager, die Löhne und Abfalle zu senken, Stegerwald die moralische Verantwortung. Im Streit aber in Süddeutschland ist ein gewisser Richter, Konrad, der Metallindustriellen Württembergs. Er glaubt sich zu den anderen Syndikats der Metallindustriellenverbände Süddeutschlands Lehren zu ziehen. Vor allem aber warnte er sie, unter keinen Umständen mit den Gewerkschaften zu verhandeln, bevor nicht in Württemberg ein Schiedsgericht geschaffen ist. Er glaubt weit zu haben, daß diese einen Schiedspruch fällt, der den Lohnnehmern behagt. Bei den Verhandlungen der Schlichtungsinstanzen in Stuttgart stellte sich dann heraus, daß Richter Konrad die Unternehmer für den Lohnkampf als feindlich gegenüber sich verhalten. Die Unternehmer forderten kategorisch 8 Prozent Abbau für den Lohn und Abfalle mit dem Hintergedanken, letzten Endes mit dem Schlichtungsinstanzen dann zusammen für 6 Prozent zu kommen.

Am 24. Dezember wurde weiter verhandelt, wieder resultatlos. Die Arbeitervertreter verließen mittags 1 Uhr die Sitzung mit der Erklärung, nicht mehr weiter verhandeln zu können, und dem Erlauchen, am Samstag, 27. Dezember, weiter verhandeln zu wollen. Dies letzte nachträglich der Schlichtungsinstanz vorgelegte Dr. Schid unter dem Einfluß der Unternehmer als eine einseitige Erklärung der Arbeitervertreter auf, womit die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten seien. Wir wollen nicht rechten, umso mehr als nun für die Arbeiterseite in der Metallindustrie die Bahn frei ist. Die Einstellung aber von Dr. Schid spricht Bände. Trotzdem in den Verhandlungen einwandfrei nachgewiesen, daß seit Jahren ständig die Löhne und Abfalle in der Metallindustrie ganz bedeutend gedrückt und gekürzt, und zwar teilweise bis zu 50 Prozent, womit der Lohnanteil am Produkt immer mehr sinkt, aber der Arbeiter immer mehr dadurch an den Arbeitsprozeß gekoppelt, und er immer mehr ausgebeutet wird, glaubt Herr Schid, daß ein Abzug von 6 Prozent gerechtfertigt sei. Er begründet es sogar mit dem Gehaltsabbau der Beamten. Dies bedeutet wohl den Gipfel der Naivität. Weiß denn Herr Schid nicht, daß der Beamte ein sicheres Einkommen das ganze Jahr über hat, während der Arbeiter mit Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit immer mehr zermürbt wird? Kennt er denn nicht die Verweigerungsfähigkeit, die die Arbeiterseite besitzt? Will man denn vom Amtswegen noch diese Verweigerungsfähigkeit durch einen nach seiner Seite hin zu vertretenden Lohnabbau? Weiß denn Herr Schid nicht, daß die Beamtengehälter erst ab 1. Februar 1931 gekürzt werden, also praktisch erst ab März wirksam werden? Die Arbeiter sollen aber bereits ab Januar ihren Lohnabbau gefallen lassen. Weiß denn Herr Schid nicht, daß er mit seiner Haltung die Metallarbeiter geradezu in den Streik hineinreibt?

Das Spiel war gut vorbereitet, aber die Rechnung ohne die Arbeiterseite der Schlichter kam. Als diese nämlich sahen, wie der Karren läuft, ließen sie die Unternehmerbeiführer mit dem Schlichtungsinstanzen allein. Die Wut der Metallindustriellen läßt sich denken, die ihr Spiel schon gewonnen sahen. Sie wollen nun Betriebsweise vorgehen. Bitte — unter Württemberg Kollegen und Kolleginnen warten darauf.

Nicht wurde vom Schlichter von „Südwelt“ verlangt, die Parteien der Metallindustrie Unterbaden, Ludwigsbafen, Frankfurt, Ober- und Unterbaden zu Verhandlungen zusammenzubringen. Unter dem Vorsitz des Schlichtungsinstanzvorsitzenden Dr. Schid traten die Parteien am Dienstag, 23. Dezember, zusammen. Die Verhandlungen verliefen, wie vorauszuahen, resultatlos. Mittags trat die Schlichterkammer in Funktion. Bis spät abends taute sie resultlos.

Und der Schlichter von „Südwelt“? Ist es richtig, daß er passiv beiseite steht? Ist es richtig, daß er sogar die Haltung der Unternehmer stärkt und das Werkzeuge eines Richter sein soll? Schon der Name „Schlichter“ zwingt ihn zu einer neutralen Stellung. Mehr wollen wir heute nicht ausplaudern. Eucher aber, Metallarbeiter und Arbeiterinnen Badens, Württembergs und der Pfalz, rufen wir zu: **Nicht Euch nicht irren lassen, weder durch die Maßnahmen der Schlichtungsinstanzen, noch die der Unternehmer.** Das Euch das hinfällige Geheiß der AFD-Prese und ihre Dreifachler nicht täuscht, habt Ihr schon längst bewiesen. Folgt nur den Anweisungen Eurer Organisationen, wie Ihr dies immer getan, dann tut Ihr gut daran. Gg.

Aus dem Gerichtssaal

Dramatische Gerichtsverhandlung am Weihnachtstag

Internationale Hoteldiebin vor dem Schöffengericht
In Karlsruhe, 24. Dez. Unter dem Vorsitz von Amisgerichtspräsident Straub verhandelte heute das Karlsruher Schöffengericht gegen die 32-jährige alte vorbestrafte Schöffengerichtsinne Maria Anna Matlack aus Dresden, die sich im Rückfall beantragter Hoteldiebstahl in Baden-Baden und München zu verantworten hat. Nach der vom Staatsanwalt Dr. Weich vertretene Anklage hatte die Angeklagte in der Zeit vom 25. bis 25. August vorigen Jahres unter verschiedenen Namen ein Kleinkriterium aus Rosenbagen in einem Hotel in Baden-Baden gemacht. Am 25. und 26. August begab sie sich nach München und in das Hotel Stephanie, wo sie unter die Hotelgäste mischte und sich mit dem Diebstahl eines goldenen Kreuzes betätigte. Sie ging in ein unverschlossenes Zimmer. Aus einem goldenen Kreuz mit Perle, ein goldenes Schmuckstück, eine goldene Bänderkette mit Perle, ein goldenes Armband, eine goldene Bänderkette mit Perle, ein goldenes Armband und endlich einen weiteren Ring. Ende August oder Anfang September 1929 stahl sie in München im Hotel „Der Jahreszeiten“ welchem sie sich unter falschem Namen aufhielt, aus einem unverschlossenen Badezimmer die einem Berliner Bankier gehörige goldene Wertepapiere im Werte von 600 M. Der Gesamtwert der gestohlenen Schmuckstücke beläuft sich auf rund 17000 M. Es wird der Angeklagten weiter zur Last gelegt, daß sie sich gegen die Polizeibehörden verweigert, indem sie als hochpolenwaldische Staatsangehörige mit falschen Pässen die deutsche Grenze überschritt.

hat und mit ihr sehr zärtliche Briefe wechselte. Sie hatte nicht weniger als fünf Pässe, jeder auf einen anderen Namen lautend, im Besitz. Die Angeklagte gibt an, daß sie seit 1926 Kofainistin sei. Kofain nehme sie seit ihrer Büchsenfertigkeit. Sie sei damals auch mit der Tänzerin Anita Berger in Berlin zusammengekommen, die sie mit Kofain verlor. Sie habe Kofain genommen, um ihr Gedächtnis anzufrischen, da ihr sonst ein Rollenstudium unmöglich gewesen sei. Die Angeklagte schloß unter heftiger Erregung, daß sie nicht begreife, wie sie zu den Diebstählen komme; erst nachher wisse sie, daß sie gestohlen habe. Sie sei keine kriminelle Persönlichkeit. Sie habe viel gelitten und sei immer selbst die Geschädigte. Während ihrer Vernehmung erlitt die Angeklagte einen hysterischen Anfall. Unter Schreien und Weinen füßte sie vor dem Richter auf den Boden und strampelte mit den Beinen heftig um sich. Der Richtermeister und der psychiatrische Sachverständige, Obermedizinalrat Schmelzer, bemüht sich um die am Boden Liegende. Der Anfall dauerte einige Minuten. Die Angeklagte wurde dann zur Anklagebank zurückgebracht. Sie erwähnt noch, daß sie im Gefängnis drei Selbstmordversuche gemacht habe. Ein Gefängnisarzt habe an ihr gesagt: sie zu verurteilen sei ein Verbrechen. Da sie Kofainistin sei, könne man sie für ihre Verfehlungen nicht verantwortlich machen.

Der Angeklagte — sie ist Kofainistin — gibt eine phantastische und romanhafte Schilderung ihres Lebens. Sie wurde unehelich geboren. Ihr Vater sei Graf gewesen und sie habe keinen eigentlichen Namen. In einem Pensionat in Lauenburg sei sie erzogen worden. Sie war späterhin abgewandert als Verkäuferin tätig. Sie habe sich in einer Musikschule in Gefangenschaft ausgebildet und wurde auch später als Schauspielerin und Tänzerin tätig. In Berlin wurde sie wegen Hoteldiebstahls mit sieben Monaten Gefängnis bestraft. Sie ging nach ihrer Entlassung nach der Tischpoliererei. Karlsruhe knüpfte sie Beziehungen mit einem wohlhabenden Mann an, mit dem sie sich am 20. August in Baden-Baden verloben wollte. Statt mit ihm ließ sie sich in Baden-Baden mit einem Amerikaner ein, der ihr teure Geschenke machte. Der Amerikaner habe sie eingeladen, ihn im Hotel Stephanie zu besuchen. In der nächsten Nacht habe sie ihn dort aufsuchen wollen und sei zunächst in ein falsches Zimmer geraten, in welchem sie die Schmuckstücke und an sich nahm. Nach dem Diebstahl fand sie das Zimmer verlassen. Sie blieb bei ihm die Nacht über. Am anderen Morgen reiste sie mit den gestohlenen Schmuckstücken nach München. Das goldene Kreuz und einen der Ringe will sie in die Dosierbox haben. Mit ihrer Karlsruher Bekanntschaft ist sie dann nach Paris und London gefahren.

Der Amisgerichtspräsident verurteilte die Angeklagte wegen wiederholten Diebstahls im Rückfall, sowie wegen Wertpapiers diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung der vom 20. August bis 24. Dezember erlittenen Unterdrückungshaft. Gleichzeitig wurde auf Einziehung der von der Angeklagten benutzten falschen Pässe erkannt.

Der Anklagevertreter hält die Angeklagte durch ihre eigenen sowie der Zeugen Aussagen für überführt. Als er sie in seinem Plädoyer als „Hoteldiebin“ bezeichnet, rät er in neuerliche Worte und Schreikämpfe, die den Strafantrag des Staatsanwalts überhöhen. Während des neuerlichen Anfalls bricht die Angeklagte nach dem Richter. Mehrere Beamten hindern sie daran, aus dem Fenster zu springen und tragen sie an ihren Platz zurück. Die Gefühlsausbrüche sind so stark, daß der Verteidiger zunächst mit seinem Plädoyer nicht beginnen kann. Erst nachdem sich die Angeklagte wieder etwas beruhigt hat, ergreift er das Wort. Er tritt in erster Linie für Freisprechung ein. Er verweist auf den kürzlich in Berlin verhandelten Fall, in welchem ein Rechtsanwalt freigesprochen wurde, weil er Kofainist war. Für den Fall der Verurteilung hat er um Aufhebung der Urteile in meißelndem Maße.

fahrlässiger Falschheid
Im Karlsruhe, 24. Dez. Wegen fahrlässigen Falschheids verurteilte das Schöffengericht heute die 22-jährige alte ledige Aina Sch. aus Karlsruhe zu vier Monaten Gefängnis unter Gewährung von Strafaufschub auf Wohlverhalten bis 1934. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Die Angeklagte hatte am 29. April d. J. vor dem hiesigen Amisgericht, wo sie als Zeugin in dem Untersuchungsprozeß ihres unehelichen Kindes eidlich vernommen wurde, wahrheitswidrig angegeben, sie habe in der fraglichen Zeit sich nur mit einem Manne eingelassen. Der Staatsanwalt hatte neun Monate Gefängnis beantragt.

Sport
Subba-Vorwettbewerb — Meisterschaftsspiele
Langsam geht es auch in der 1. Gruppe der Entscheidung entzogen. Nachdem nun die Protokollkommission dem Protokoll von Meißel die in Frage stehenden Punkte findet am Sonntag auf dem HSV-Platz durch das Wiederholungsspiel Witterdingen — Grünwinkel.

Das Spiel selbst erzielt im zweiten Beiratsbeispiel besonderes Interesse. Witterdingen wird bestimmt kein neues können in der Entscheidung werden, um das Spiel für sich zu entscheiden, besteht doch die Möglichkeit, Endspielgegner zu werden. Aber auch Grünwinkel wird das Spiel von der ersten Seite aufpassen, obwohl ihnen das Tabellenende nicht mehr freitig gemacht werden kann, so werden sie eben doch beitreten sein, ihr in Witterdingen ersieltes Unentschieden bis zur letzten Konsequenz zu verteidigen. Jedenfalls muß Witterdingen alles daran setzen, um vor unangenehmen Überwachungen zu bleiben. Singens Jugend und Höhenweiterrichters Jugend werden vorher auf dem gleichen Platz um die Entscheidung kämpfen. Der Sieger ist Gruppenmeister und wird an den weiteren Spielen um die Besitzmeisterchaft teilnehmen.

Das Spiel besitzen: Singen Jugend — Höhenweiterrichters Jugend 1:5 Uhr, Witterdingen I — Grünwinkel 1:20 Uhr. — Die Lösung für die organisierte Arbeiterschaft lautet am Sonntag: Unter Ziel ist der HSV-Platz in Durlach.

Gemeindepolitik

Die rasende Steuerschraube

Konstanz, 22. Dez. Am 17. Dezember hat der Bürgerausschuß Konstanz ein Arbeitsbeschaffungsprogramm mit einem Aufwand von rund 400 000 M. genehmigt. Zur Deckung dieser Ausgaben hat der Bürgerausschuß in der gleichen Sitzung u. a. auch die Bürgersteuer genehmigt. Das war, wie schon gesagt, am 17. Dezember. Schon am 18. Dezember stellte das Stadtratamt allen Steuerpflichtigen die Steuerkarte für 1931 zu, auf welcher schon oberhalb Seiten der am Tage vorher beschlossenen und genehmigten Bürgersteuer genehmigt sind. Der Hinweis lautet, daß die Gemeinde die Bürgersteuer erheben wolle, und die Ankündigung schließt: „Konstanz, 30. November 1930“, folgt Unterschrift. Alle die Tausenden Steuerkarten tragen dieses mit der Hand eingetragene Datum. Nun tags jemand noch, der Bürgerausschuß sei zu etwas anderem da, als „ja“ zu sagen. — Konstant und Einbürgerung hätten wenigstens den Schein wahren sollen, daß der Bürgerausschuß zu beschließen und diese Steuer zu verhängen habe, und hätte demzufolge erst am 18. Dezember das Datum dieses Tages einkampeln lassen sollen. Was wäre geschehen, wenn der Bürgerausschuß zu einer Ablehnung der Bürgersteuer gekommen wäre? Im benachbarten Singen a. S. ist dies geschehen. Dann hätte folgender Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen: „In der Voraustragung, daß der Bürgerausschuß wie üblich die Vorlage genehmigt, hat der Stadtrat die Bürgersteuer ohne Bürgerausschuß bereits verhängt. Der Stadtrat stellt den Antrag, der Bürgerausschuß möge beschließen, den Beschluß des Bürgerausschusses aufzuheben und dem Stadtratsbeschluß vom 30. November auszukommen.“ — Im Jahre 1923 waren unsere Steuerschrauben.

RUNDFUNK

Sendefolge der Süddeutschen Rundfunk A.-G.
Stuttgart Welle 379.7 — Freiburg Welle 577

- Samstag, 28. Dez.:** 7 Uhr: Hamburger Solenconcert, 8 Uhr: Morgenmusik, 10.15 Uhr: Neue Orchestermusik, 11 Uhr: Radiokonzert, 11.30 Uhr: Unterhaltungskonzert, 12.30 Uhr: Orchestermusik, 13 Uhr: Kleines Kapitel der Zeit, 13.10 Uhr: Schallplatten, 14 Uhr: Kinderstunde, 15 Uhr: Dienst am Abend, 15.30 Uhr: Hier v. Bernus liest aus eigenen Schriften, 16 Uhr: Konzert, 18 Uhr: Bellere Resitationen, 18.30 Uhr: Sportbericht, 18.45 Uhr: Vortrag für 6. Montag-Konzert, 21.15 Uhr: Abendmusik, 20.30 Uhr: Mit 50 St. 22 Uhr: Sportbericht, 22.30 Uhr: An Bord, 23.30 Uhr: Langmusik.
- Montag, 29. Dez.:** 6.15 Uhr: Morgenmusik, 10 Uhr, 12.15 Uhr und 13 Uhr: Schallplatten, 15.15 Uhr: Wissenswertes von der Reichspost, 16.30 Uhr: Blumenstunde, 16 Uhr: Nachmittagskonzert, 17 Uhr: Langst. 18.05 Uhr: Pöcher sehen in die Zukunft, 18.35 Uhr: Vortrag: Der Schriftsteller als Rechtsanwalt, 19.30 Uhr: 6. Montag-Konzert, 21.15 Uhr: Bitte wünschen alles auf einmal, 21.45 Uhr: Messe des Gottesdiensters, 22.30 Uhr: Langmusik.
- Dienstag, 30. Dez.:** 8.15 Uhr: Morgenmusik, 10 Uhr, 13 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplatten, 12 Uhr: Vornachmittagkonzert, 15.30 Uhr: Frauenstunde, 16 Uhr: Nachmittagskonzert, 18.05 Uhr: Ethische Prosa und Bildhauer aller Zeiten, 19.05 Uhr: Der Kamerad, 19.30 Uhr: Zeitbericht, 20.10 Uhr: Unterhaltungskonzert, 21 Uhr: Arnold Mendelssohn.
- Mittwoch, 31. Dez.:** 6.15 Uhr: Morgenmusik, 8 Uhr: Schallplatten, 12 Uhr: Vornachmittagkonzert, 13 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplatten, 15 Uhr: 19 Uhr: Ch. Jahresabschlussfeier, 19.45 Uhr: Jahresabschlussabend des neuen Bergnahrungspalastes Metropolis, 21 Uhr: Man nehme... 22.30 Uhr: In der Stammkneipe der Hamburger Zimmerleute, 23 Uhr: Was machen wir bis 12 Uhr? 23.45 Uhr: Jahresabschluss, 0.15 Uhr: Langmusik.
- Donnerstag, 1. Jan.:** 8 Uhr: Zum Neujahrsmorgen, 11 Uhr: Aost. Morgenfeier, 15 Uhr: Musik, 18.05 Uhr: Zum Neujahrsmorgen, 13.30 Uhr: Schallplatten, 14 Uhr: Kumpelkonzert, 15 Uhr: Proben hiesiger Talente, 15.30 Uhr: Besuch bei Großmutterchen, 16.30 Uhr: Draufschreibung, 17 Uhr: Unterhaltungskonzert, 18.45 Uhr: Sportbericht, 19 Uhr: Radiokonzert, 19.30 Uhr: Unterhaltungskonzert, 20.15 Uhr: Die Entführung aus dem Serail, 22.15 Uhr: Sportbericht, 22.35 Uhr: Nachmusik und Tänze.
- Freitag, 2. Jan.:** 6.15 Uhr: Morgenmusik, 10 Uhr und 13 Uhr: Schallplatten, 12 Uhr: Die Berufsmittel der Wäbden, 18.35 Uhr: Aus der guten alten Zeit, 19.05 Uhr: Vortrag, 19.30 Uhr: Manbollenkonzert, 20.30 Uhr: Die Flucht vor der Liebe, 21 Uhr: Schuber-Konzert, 22 Uhr: Sportbericht, 22.30 Uhr: Unterhaltungsmusik.
- Samstag, 3. Jan.:** 6.15 Uhr: Morgenmusik, 10 Uhr, 12.15 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplatten, 14.30 Uhr: Stunde der Jugend, 15.30 Uhr: Nachmittagskonzert, 17.45 Uhr: Sportbericht, 18.05 Uhr: Bild hinter die Kulissen eines Kraftwerks, 18.35 Uhr: Stunde der Arbeit, 19.30 Uhr: Neue Musik, 20 Uhr: Schwäbischer Helmut-Abend, 22.15 Uhr: Wie und neue Langmusik, 0.30 Uhr: Nachkonzert.

Partei-Nachrichten

Egenstein, Sonntag, 28. Dezember, findet in der Festhalle eine öffentliche Bürgerversammlung statt. Beginn halb 3 Uhr. Aussprache über die Bürgermeisterwahl und über Arbeitsbeschaffung für die ausgesetzten Arbeitslosen. Referent Gen. Bähringer-Karlsruhe. Die Mitglieder des Bürgerausschusses werden gebeten, vollständig zu erscheinen, da anschließend noch eine dringende Besprechung stattfindet.



Spare

bel der

Badischen Landwirtschafts-Bank

(Bauernbank) o. G. m. b. H.

Zentrale: Depositenkasse:
Lauterbergstr. 3 Erbpflanzstr. 31

Reserven u. G. schäftsanteile 5 Millionen
Hafsumme 40 Millionen

Der Totenkampf der Freiheit

Von
Pietro Nenni



Die Bestiennatur des Faschismus



Copyright 1930 by Verlag J. S. W. Dieck Nachf., G.m.b.H., Berlin.
15 (Alle Rechte vorbehalten)

Und indem er ein Wort Talleyrands über die Ermordung des Herzogs von Enghien paraphrasierte, fügte er hinzu: „Mehr als grauhaft, ist dieses Verbrechen von geradezu demütigender Dummheit.“

Und doch war es in den Räumen der Regierung selbst ausgehört und vorbereitet worden! Durch eine faschistische Tscheta, deren Organisation Mussolini selbst gefordert hatte, und der er Dumini zum Führer bestellte, den Mann, der sich rühmte, zwölf Morde auf dem Gewissen zu haben, und Mitarbeiter zur Seite gegeben, wie Volpi, den Mörder unseres alten Genossen Inverardi in Mailand!

Aber die heuchlerischen Worte vermochten nicht mehr das Regime zu retten. Eine ungeheure Bewegung erschütterte das ganze Land, eine Welle, die aus den tiefsten Tiefen zu kommen schien. Die unter den Schlägen ihre Köpfe gebeugt hatten, hoben sie jetzt empor. Die Helfershelfer des Faschismus fragten sich, wohin dieses Regime der Schande und des Blutes das Land noch führen werde. Viele Faschisten nahmen das Parteiabzeichen aus dem Knopfloch. Selbst aus der Mitte der Parlamentsmehrheit wurde drohendes Murren hörbar, und das Verlangen nach einem eisernen Befehl, der den Unrat aus der faschistischen Partei austreibe.

Angst packte die Führer und die Truppen. Als man die Mobilisierung der Miliz befahl, leistete nur ein ganz geringer Prozentsatz dem Befehl Folge.

Angehts dieser Menge, die nach Aufklärung und Gerechtigkeit schrie, zögerte Mussolini nicht länger, seine Mitarbeiter preiszugeben. Einen nach dem anderen warf er über Bord. Er ließ Cesare Rossi verhaften, dann seinen Privatsekretär Facciolo, den Generalsekretär der faschistischen Partei, Marinelli. Er zwang den Unterstaatssekretär des Innern, Finzi, zu demissionieren, und auch den Generaldirektor der Polizei, General de Bono. Er überließ die Schergen und den Chefredakteur des Corriere Italiano der Lust. Er ging so weit, feierlich zu versichern, er werde die völlige Aufhebung der Tat durchsetzen, und schlug sogar die Anwendung der Lynchjustiz vor.

Unselbsterweise sollte ein Teil des Landes in die ihm gestellte Falle gehen und sich durch verlogene Versprechungen von Gerechtigkeit und Gerechtigkeit zu Narren halten lassen, während ein anderer Teil wohl die läugerische Komödie der Regierung durchschaute, aber sich auf die Unabhängigkeit der Richter und auf die Rechtfertigung des Königs verließ.

So wurde in diesem einzigen nie wiederkehrenden Augenblick, wo man an die Straße, an den Aufruf appellieren mußte, von der Opposition die Taktik des geschicklichen Kampfes auf dem gerichtlichen und parlamentarischen Boden eingeschlagen.

Mir ist eine Zusammenkunft in Mailand am Abend des 13. Juni im Gedächtnis geblieben, wo ich den Eindruck hatte, daß in dieser Atmosphäre ein feuriger Appell zum Handeln geboten war, und wo wir uns einer Aufforderung fügen mußten, die aus Rom an uns erging, wir möchten nicht durch gewaltames Vorgehen den Ausgang einer Schlacht aufs Spiel setzen, die man schon als gewonnen ansah! Und weiter erinnere ich mich an Rom am 27. Juni, dem Tage der öffentlichen Ehrung und der Gedenkfeier für Matteotti.

In der Hauptstadt war der Aufruf zum Sprunge bereit. Er war in den Geistes. Ein nichtiger Anlaß konnte ihn zum Ausbruch bringen. Die parlamentarische Opposition hatte die Session aus der Kammer beschloffen. Filippo Turati sprach von dem Ermordeten vor den hundertsechszwanzig Abgeordneten des Volkes. Er sprach Worte, die der Ewigkeit würdig sind. Wer durch die Straßen Roms ging, der sah in jedem Bild die Erwartung einer entscheidenden Tat. Alle Straßen, die zum Tiber führten, wimmelten von Menschen. Das Volk erwartete, daß die Abgeordneten der Opposition alle zusammen das Parlament verlassen, um an den Kai Arnaldo da Brescia zu gehen, an die Stelle, wo Matteotti überwältigt worden war, und wo eine fromme Hand ein Kreuz an die Mauer gezeichnet hatte, vor dem seit vierzehn Tagen Andacht gehalten wurde. Bauern, Arbeiter, Frauen und Kinder bedeckten mit Blumen und Kräutern diese symbolische Grabstätte. Aber die Parlamentarier waren der Ansicht, daß die Kraft der Opposition in der Gelehrlichkeit läge, in jener Gelehrlichkeit, die die Regierung mit Füßen trat. Und so fing die Schlacht an, eine dramatische Schlacht zu werden, in der die Gerechtigkeit besiegt wurde durch die Gewalt.

23. Der moralische Zustand des Landes

Sechs Monate hindurch beherrschte die Affäre Matteotti das ganze Leben der Nation. Die Straße hatte sich der Sache bemächtigt, und es war nicht leicht, ihrer Meister zu werden. Wenn die Bevölkerung nicht durch die große Klusion genarrt worden wäre, die darin bestand, von der Monarchie etwas anderes zu erwarten als den Schutz der Reaktion, wäre die Diktatur niedergeworfen worden.

Vom 12. Juni 1924 bis zum Januar 1925 war wohl zehnmal die Lage derart, daß der Ausgang durch ein Nichts, durch eine Geste, durch ein Wort bestimmt werden konnte.

Jede Partei der Opposition sammelte ihre Truppen wieder, jede Zeitung ihre Leser. Ein wahre Lawine von Depeschen forderte den Avanti auf, seine Auflage zu vermehren. In den Provinzen, wo die Zeitung seit fast einem Jahr verboten war, fanden wir massenweise Leser. Extraausgaben brachten jeden Tag der erwartenden geringen Masse Nachrichten, die das Vorpiel des Endes anzukündigen schienen.

Die Schleiher, die die Diktatur verhüllten hatten, fielen einer nach dem anderen, und hinter dem Bilde der Ruhe und Ordnung erschien die widerwärtige Frage der Korruption und der Gewalt.

Jedesmal, wenn die Gefängnistür hinter einem der Hierarchen zusiel, herrschte helle Freude.

„Lesen Sie den Avanti!“

„Filippelli ist verhaftet worden!“

„Cesare Rossi ist geflohen!“

„Der Unterstaatssekretär Finzi hat demissioniert!“

Die Menge rief sich um die noch feuchten Zeitungen. Man packte die Köpfe zu sammeln und kommentierte. Die Piazza

Colonna in Rom und die Galerie in Mailand waren zum Schauplatz beständiger Versammlungen geworden.

„Der Rücktritt des Generaldirektors der Polizei!“

„Mussolini verläßt das Ministerium des Innern. Federzoni wird sein Nachfolger!“

Man klüfferte sich noch andere sensationelle Nachrichten ins Ohr. Es hieß, der König hätte die Absicht, Mussolini loszuwerden. Ach! es ist so leicht anderen die Last zuzuschieben für Entscheidungen, die man selbst fassen müßte!

Rom ersten Tag ging das Gerücht, daß die Angeklagten und die Verdächtigen sich verteidigten, indem sie ihrerseits Mussolini anklagten.

Nach der Entscheidung der Opposition, nicht mehr an den parlamentarischen Arbeiten teilzunehmen und sich auf Avanti zurückzuziehen, galt der öffentlichen Meinung die verfassungsmäßige und gesetzliche Ordnung als aufgehoben. Immer mehr stimmte sie mit der Parole des Avanti überein: „Rücktritt der Regierung, Auflösung der Miliz, Neuwahlen!“

Nun begann ein Verlebenspiel zwischen Mussolini, der parlamentarischen Opposition und dem König. Mussolini wollte nichts anderes als Zeit gewinnen und sich inzwischen an die Macht klammern, und wußte sehr wohl, daß zwischen dem Palast Chigi und den Gefängnissen von Regina Coeli kein Schiedal entschieden wurde. Die Opposition verlor die Konservativen in der Kammer und im Senat für ihre Sache zu

die Parteirade zu besorgen. Es war schon viel, daß sie den Premierminister persönlich in die Affäre Matteotti verwickeln ließen und niederschrieben: „Es muß als sicher gelten, daß, wenn Dumini auch eine leitende Rolle in der komplizierten Tätigkeit (der Tscheta) spielte, er doch nicht aus eigener freier Initiative Entscheidung treffen konnte, obwohl er dies in seinem Geständnis vom 20. Oktober 1924 behauptet hat.“

Die aus diesen Worten zu ziehenden Schlüsse mußten andere ziehen: der König, das Parlament und, wenn die Monarchie und das Parlament verlagten, das Volk.

Aber das Volk war entwandert. Sobald die erste Panik vorüber war, rüstete sich der Faschismus für eine Entscheidung über die Schlacht und ging schnell aus der Defensive zur Offensive über.

Jetzt ließ man jede Maste fallen. Jetzt fand Mussolini die Sprache des Bandenführers wieder und redete davon, die Opposition auszurufen. Im Laufe des Jults hatte er schon vom König zwei Dekrete verlangt, durch die die Presse gesteuert wurde. Jetzt konnte er lahen über die Opposition der früheren Ministerpräsidenten Giolitti, Orlando, Salandra und der Generale Giardino und Zupelli, die, zwar spät und schüchtern, ihre Verantwortlichkeit von der des Faschismus trennten. Er konnte sogar über den Rücktritt der drei konservativen Minister lächeln, die er bisher in seinem Kabinett gebildet hatte.

Die Unterstützung des Königs bot ihm Gewähr für die Treue des Heeres, während die Neuorganisation der Miliz es ihm erlaubte, dem ganzen Lande Trost zu bieten.

Und nun fing die Verherrlichung des Verbrechens an, von dem er erst gesagt hatte, daß es ihn mit Entsetzen erfüllte. Und jetzt hörte man auf den Plätzen und in den Straßen wieder singen mit dem Refrain:

„Es lebe Dumini,
Frei soll er sein!“

24. Mussolinis 2. Dezember

Nunmehr galt es um jeden Preis den Prozeß gegen die Mörder Matteotti zu eröffnen. Da die Faschisten wieder Herren der Straße waren und die Richter den Drohungen der Gesetzgewalt weichen mußten, war nichts weiter nötig, als die Presse zu knebeln und dann einem gut ausgebildeten Geschworenengericht eine offizielle Auslegung des Verbrechens aufzuzwingen.

Am 28. Dezember 1924 hatte die Oppositionspressen den Wortlaut des Memorandums veröffentlicht. Das war ein fürchterliches Dokument, das zwar wenig Licht auf die Affäre Matteotti warf, aber verneinende Beweise gegen das Regime und sein Oberhaupt für alle anderen Gewalttaten ergab, vom Mord auf Rom an bis zur Ermordung des sozialistischen Abgeordneten.

Diesem Zustand mußte ein Ende gesetzt werden. Am 3. Januar bestieg Mussolini die Tribüne des Parlaments. Nachdem man hier aus seinem Wunde die Sprache der Angst gehört hatte, sollte man jetzt die herausfordernde Freiheit vernehmen. Der Premierminister konnte sich auf den König verlassen, auf seine Mehrheit, auf das Heer und vor allem auf seine Miliz. Er hatte niemand mehr zu fürchten, außer der öffentlichen Meinung. Am Tage vorher hatten drei seiner Minister — drei Konservative — ihr Amt niedergelegt. Das konnte eine parlamentarische und eine Verlebensstrafe nach sich ziehen.

Gegenüber diesem Rücktritt der drei Männer unter den abgewandten Verhältnissen und in diesem Augenblick hätte der König Mussolini auffordern können, von der Regierung zurückzutreten. Statt dessen autorisierte er ihn, das Kabinett nach Gutdünken umzugestalten.

Mussolinis Rede vom 3. Januar stützte sich auf drei Punkte. Befand sich unter der Opposition ein Abgeordneter, der sich anheißig machte, ihn auf Grund des Artikels der Verfassung, der die Verlegung eines Ministers in Anklagezustand vorrief, unter Anklage zu stellen? Wenn ja, so soll er es tun.

Die Opposition, die an den parlamentarischen Arbeiten nicht mehr teilnahm, hob den ihn hingeworfenen Handschuh nicht auf. Woju auch? Mussolini vor seiner eigenen Mehrheit anzuliegen, hätte zu nichts anderem geführt, als ihm einen billigen Preisdruck zu verschaffen.

Wenn aber diese Anklage ausblieb, so mußte man — und das war der zweite Punkt der Rede Mussolinis — mit der Pressekampagne und mit den Gerüchten der Straße aufpassen, und zwar innerhalb vierundzwanzig Stunden. Das bedeutete die Verleumdung der Jesur für die Presse und die Schaffung des Polizeistaates.

Schließlich nahm Mussolini alle geschichtliche, politische und moralische Verantwortung für die faschistischen Verbrechen auf sich, hütete sich aber wohl, dies auch für die strafrechtliche zu tun.

Nun wohl, wenn der Faschismus nur eine Verbrechensform war, so war er deren Führer!

Aber an wen wendete sich diese Trugrede? An das Volk? Reineswegs, nur an die Mehrheit der Statisten.

Achtundvierzig Stunden nach dieser Rede, die in gewisser Sinne Mussolinis 2. Dezember bedeutete, traten die Abgeordneten in Kraft.

Nach diesen Dekreten haben die politischen Behörden das Recht, jede Veröffentlichung zu beschlagnahmen, die der öffentlichen Ordnung, der Sicherheit des Staates oder dem Ansehen der Nation abträglich sein könnte. Nach zweimaliger Ermahnung durch eine für diesen Zweck gebildete Kommission konnte der verantwortliche Redakteur beanstandet werden, und es stand der Kommission frei, einen neuen Verantwortlichen zu genehmigen oder nicht.

Während zweier Wochen konnte der Avanti und andere Oppositionsblätter, Giustizia und Unita in Mailand, Lanoto in Genua, Mondo, Voce Repubblicana und Napoli in Rom, nicht mehr erscheinen.

In der Folge wurden dann die fast täglichen Beschlagnahmungen üblich. Es handelte sich vor allem darum, die teatontungen zu ersticken und über die letzte Phase der unterdrückung Stillstimmigen zu lenken. Den Richtern, die ein Minimum von Unabhängigkeitssinn gezeigt hatten, waren die Akten entzogen worden.

(Fortsetzung folgt.)

VIEL GLÜCK



für das neue Jahr einander zu wünschen, ist ein alter und ein schöner Brauch. Ein freundliches Gedenken von Verwandten, Freunden und Bekannten erfreut uns immer. Auch der Geschäftsmann lenkt gerne die Aufmerksamkeit seiner Kundschaft auf sich. Er wählt sich deshalb den vielgeliebten Volksfreund für seine Glückwünsche

zum Jahreswechsel

gewinnen und die öffentliche Meinung auf ihrer Seite zu behalten. Was den König betrifft, so spielte er ein doppeltes Spiel, wie das einer alten Ueberlieferung seiner Familie entsprach.

Ein konstitutioneller König, ließ er durch seine Leute kopportieren, Sie nur eingreifen, wenn eine Ministerkrise vorliegt. Erst Sie, meine Herren Abgeordneten! Erst Sie, meine Herren Senatoren! Meine Rolle kommt erst nach der Ihren!

Ein konstitutioneller König, antworteten die Monarchisten der Opposition, greift jedesmal ein, wenn eine offensichtliche Verletzung der Verfassung und der öffentlichen Rechte gegeben ist.

Warten Sie ab!
Und man wartete ab.

Aber schon am 21. Juni hatte der Senat Mussolini ein Vertrauensvotum gegeben, so daß dieser jetzt auf dem formellen Boden der Verfassung leichtes Spiel hatte.

Ich habe das Parlament auf meiner Seite.
Aber Sie haben das ganze Land gegen sich.

Gut, aber das Land ist sozialistisch und republikanisch. Wenn ich zurücktrete und die Faschisten sich auch in ein hochgemessenes und republikanisches Abenteuer stürzen, was wird aus der Monarchie?

So stützte der eine den anderen, jeder von der Angst beherrscht, das zu verlieren, was er in Händen hielt.

Nur der Zustand konnte die Lage ändern.
Ihr habt keine Schuld, Arbeiter Mailands, die ihr am Tage der Verdringung eures Genossen Odani, den die Faschisten in den ersten Tage der Matteottifaffäre ermordet hatten, der Kavallerie zuzubehel, die in euch hineinritt, und ausrief: „Es lebe die Armee!“

Und auch Sie haben keine Schuld, Rittermeister der Dragoner, der Sie als Antwort auf die Rufe der Menge Ihre Mähe auf der Spitze ihres Degens schwenkten und ausriefen: „Es lebe die Freiheit!“

Auch ihr habt keine Schuld, ihr Landarbeiter Süditaliens, die ihr als Zeichen eures Protests ein Soldatstück mit dem Bildnis des Königs im Knopfloch truget.

Der König fühlte sich stark durch euren Beifall, als man ihm aber die Memorien von Rossi und Finzi und von anderen Faschisten brachte, die unabwiesbares Zeugnis dafür ablegten, daß Mussolini die Seele und Triebkraft der Geselwidrigkeit war, gab er zur Antwort:

„Das ist nicht meine Sache, das ist Sache der Gerichte.“
Wenn aber der Inhaber der höchsten Macht in einem Staate sich in Feindschaft vertritt, wie kann man da vom Richter verlangen, daß er ein Held sei?

Die Richter, die die Voruntersuchung der Matteottifaffäre führten, protokollierten die Geständnisse und die Anschuldigungen der Angeklagten, die alle im Schatten ihres Führers Schutz suchten. Aber diesen Führer selbst konnten die Richter nicht antasteten. Es war schon lobenswert genug, daß sie den Mut fanden, die zahlreichen Beweise gegen Mussolini zu Protokoll zu geben, so seine Schuld für den Ueberfall auf Amendola und Misuri, für die widerrechtliche Verhaftung Serratis und meiner selbst, für die Verleumdung der Wohnung des früheren Ministerpräsidenten Ritti, für die Verwüstung der katholischen Kooperation in Mailand.

Es zeigte schon von einigem Mut, daß sie die Aussagen der Mitarbeiter des Duce zu Protokoll gaben, aus denen die Organisation einer faschistischen Tscheta hervorging, der es oblag,



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

27. Dezember: 1320 Vertrag zur Errichtung des 1. deutschen Eisenwerkes (Waldenbrunn). — 1571 *Astronom Joh. Kepler. — 1864 Erste Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. — 1890 *Historiker Max Schumann. — 1916 *Soc. Schriftsteller Betty Schers. — 1926 *Soc. Ufa. Fritz Zubeil.

28. Dezember: 1824 *Arbeiterorganisationsleiter Stephan Born. — 1848 Frankfurter Parlament beschloß die deutschen Grundrechte. — 1859 *Engl. Historiker Macaulay. — 1908 Erdbeben in Unteritalien. — 1923 *Soc. Ana. Gustave Eiffel (Erbauer des Eiffelturms in Paris). — 1927 Hungersnot in Nordchina.

Die Lohnsteuerkarten für 1931

Sind in den letzten Tagen in Karlsruhe von Polizeibeamten an die Arbeitnehmer (d. h. Arbeiter, Angestellte, Beamte, auch die Empfänger von Ruhegehalt, von Witwen- und Waisenrenten) verteilt worden. Wie aus der Bekanntmachung des Oberbürgermeisters vom 17. ds. Mts. hervorgeht, müssen alle Arbeitnehmer, die bis 1. Januar keine Steuerkarte erhalten haben, sich eine solche schriftlich oder mündlich bei der Stadt-Steuerstellenstelle (Stadt-Statistisches Amt, Bähringerstr. 98, veröff. nach) ausstellen lassen, wenn die Steuerkarte tatsächlich ausgefüllt, aber bei der Ausstellung offenbar abhandeln gekommen ist, erfolgt bis 15. Januar die Ausstellung einer Duplikat-Steuerkarte unentgeltlich, später nur noch gegen die vorgeschriebene Duplikatgebühr von 1.— M.

Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, seine Steuerkarte dem Arbeitgeber bei Beginn des Kalenderjahres oder des Dienstverhältnisses auszubändigen. Tut er das nicht, so hat der Arbeitgeber bei jeder Lohn- oder Gehaltszahlung 10 Prozent vom vollen Arbeitslohn ohne Abzug der sonst dem Arbeitnehmer zustehenden Steuerermäßigungen so lange einzubehalten, bis die Steuerkarte vorgelegt wird. Es liegt also im eigenen Interesse des Arbeitnehmers, falls ihm keine Steuerkarte ausgestellt sein sollte, sich eine solche sofort zu verschaffen.

Nur die die Steuerkarte ausstellende Behörde oder das Finanzamt dürfen Einträge über Änderungen auf der Steuerkarte vornehmen; also ist auch eine Änderung des Eintrags durch den Arbeitnehmer selbst oder seinen Arbeitgeber verboten. Sofern die Steuerkarte Unrichtigkeiten enthält, oder sofern im Laufe des Jahres durch Beschäftigung oder durch Geburt eines Kindes für den Arbeitnehmer ein Anspruch auf Steuerermäßigung entstanden ist, muß er bei der oben angegebenen Steuerstellenstelle Berichtigung oder Ergänzung der Steuerkarte beantragen, und zwar umgehend. Denn der Arbeitgeber darf bei der Berechnung des Steuerabzuges nur die Personen berücksichtigen, die auf der Steuerkarte eingetragen sind. Steuerermäßigungen für nachträglich eingetragene Personen sind erst von der Lohnzahlung an in Kraft, bei der die Ergänzung oder Berichtigung zum erstenmal vorgelegt wird.

Alles dies geht aus den diesmal auf Seite 3 der Steuerkarte abgedruckten Vorschriften klar hervor. Es wird dringend empfohlen, diese Vorschriften, bevor man die Steuerkarte dem Arbeitgeber auszubändigen, eingehend durchzulesen. Neu ist diesmal, daß auf der 2. Seite der Steuerkarte der Arbeitnehmer beim Dienstverhältnis des Arbeitnehmers vermerken muß, von wann bis wann dieser bei ihm beschäftigt war, was er in dieser Zeit verdient hat, und was ihm an Steuer einbehalten wurde. Auf Antrag des Arbeitnehmers darf der Arbeitgeber die beiden letzteren Einträge nicht auf der Steuerkarte vornehmen; er muß dann dem Arbeitnehmer dafür eine besondere Bescheinigung ausstellen. Jedoch auch in diesem Falle muß die Steuerkarte auf Seite 2 die Bescheinigung des Arbeitgebers tragen.

Manche von denen, die eine Steuerkarte erhalten haben, müssen keine Lohnsteuer zahlen, weil sie a. St. arbeitslos sind, oder weil ihr derzeitiges Einkommen den steuerfreien Lohnbetrag (d. h. mindestens 1200 M.) nicht übersteigt. Solche Personen müssen trotzdem die Steuerkarte sorgfältig aufbewahren, da sie gegebenenfalls sonst Duplikatgebühren bezahlen müssen.

Weihnachtsfeier des Vorwärts

Im Rahmen eines großen Familienfestes begann am 2. Weihnachtstag der Sängerbund „Vorwärts“ in alt hergebrachter Weise seine Weihnachtsfeier im Festballsaal, der von der großen Vorwärts-Familie bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die Feier galt in erster Linie den etwa 500 Kindern der Vorwärts-Familie, die aus Mitteln der Vereinstafel unter Beihilfe freiwilliger Spenden und den Erträgen einer Gedenkveranstaltung besorgt werden sollten. Aus diesem Anlaß war die Bühne mit zwei großen Christbäumen geschmückt, an deren Fuß ein reiches Gabentempel ausgebreitet und viele leuchtende Kinderaugen blickten der Dinge, die da kommen sollten.

Der 2. Vorstand, Gen. Wehler begrüßte namens der Vereinsleitung die städtische Versammlung und wies dabei auf den Zweck der Veranstaltung, die Bekämpfung der Kinderarmut, die Freude und Glück in frohe Kinderherzen bringen soll. Gleichzeitig soll aber auch die Forderung der Stärkung der freien Sängerbewegung und der Gewerkschaftsbewegung, sowie der Idee der wahren Sozialismus dienen. Die Lebensbindung der menschlichen Rasse ist eine Pflichtfrage, die nur durch eine starke Arbeiterbewegung zum Ausdruck kommen wird.

Das in allen Teilen gut vorbereitete Programm wurde eingeleitet vom Musikverein Karlsruhe durch eine Festouvertüre, worauf der Männerchor des Vorwärts unter Leitung seines Dirigenten Hauptlehrer Fuchs das Weihnachtslied „Weihnachtseloden“ zum Vortrag brachte bei welcher Gelegenheit man wiederum die reife Gesangsleistung des gutgeübten Gesangschores bewundern konnte. Alsdann folgten eine Reihe künstlerischer Tanzdarbietungen von Schillerinnen der Schule von Frau Sonntag-Siebert, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Ein großer Kinderchor brachte hierauf unter Leitung des Herrn Dr. Karl Schilling zwei Weihnachtslieder zum Vortrag. Dann gab es etwas zum Lachen, ein komischer Musikant, „Bubi und Bubi“, gespielt von Herrn Hirth und Zoos, der helle Lachen auslöste. Hierauf brachte Jugendgenosse B. Barth das Weihnachtsgedicht „Weihnachtsgans“ von Ludwig Wessing zum Vortrag, das den Befreiungskampf des Proletariats zum Inhalt hat.

Der übrige Teil des Programms brachte weitere Vorträge des Musikvereins, darunter das stimmungsvolle Weihnachtsopporri von Kibel, zwei Weihnachtslieder, die 25 Jahre lang der Arbeiterlängere die Gedächtnis haben. Der Verein ehrte deren Wichtigkeit und Doherkunft durch wertvolle Geschenke. Auch eine Reihe langjähriger passiver Mitglieder wurde ehrend gedacht.

Ferner folgten weitere Darbietungen der Tanzschule Sonntag-Siebert, als deren Spitzenleistungen wohl ein Ballerett von Johanna Sonntag-Siebert und Friedel Kibel und der schmarzige Kaiser bezeichnet werden können, eine musikalische Parodie „Die Mühle im Schwarzwald“ von den Herren Hirth und Zoos, ein von Frauen Reichrod wirkungsvoll vorgetragenes Weihnachtsgedicht von Alfred Schulte und schließlich ein humoristischer Vortrag „Leierkasten“ von Herrn und Frau Sonntag, der auch Beifall auslöste.

Und endlich kam die von den Kindern langersehnte Hauptkassette, die Bekämpfung der Kinderarmut, die eingeleitet wurde von einem Kinderchor mit dem Christkind und dem Nikolaus. Jedes Kind erhielt sein Päckchen mit nützlichen Geschenken, und Freude herrschte allenthalben im großen Saal. Lange wird der Tag in dankbaren Kinderherzen

Sanierung der Altstadt

Eine Darstellung der Stadtverwaltung

Zu einer immer dringender werdenden Forderung gehört die Sanierung der Altstadt, also des sog. Dörfle. Es ist zwar keine Nachkriegsfrage, die hier aufgetaucht ist, sondern weitaus ältere, er kamte das Land in diesem Viertel aus eigener Anschauung und Erfahrung. Kein Wunder, daß es als einer der ersten die Forderung nach einem radikalen Umbau der Altstadt verlannte. In der Nachkriegszeit wurde jedoch im Stadtparlament wie auch außerhalb dessen immer wieder die Sanierung der Altstadt als eine dringende Notwendigkeit bezeichnet.

Aber auch die Stadtverwaltung der Nachkriegszeit arbeitete in derselben Richtung, doch die Größe des Problems gestaltete die Lösung der Frage, insbesondere bei der Geldknappheit der Stadt, zu einer äußerst schwierigen. Daß die Stadterhaltung aber nicht müßig ist, geht aus einer Iobee an den Bürgerausschuß gelangten Denkschrift über die Sanierung der Altstadt hervor. In derselben wird einleitend auf die Grundungsgehalte des Dörfle eingegangen und lobend als eigentlicher Sinn der „Altstadtsanierung“ bezeichnet; dem in den letzten 20 Jahren unverkennbar sich zeigenden wirtschaftlichen Rückgang dieses Stadtteils ein Ziel zu setzen. In verschiedenen Abschnitten behandelt die von Bürgermeister Schneider herausgegebene Denkschrift das Problem. Wir entnehmen ihr u. a. folgendes:

Es ist nicht allein, und vielleicht nicht einmal normierend, das Dörfle auf das bis unglückliche Entwicklung der Altstadt in den letzten 20 Jahren zurückzuführen ist, es ist auch nicht die Altstadt allein, die über eine gewisse Erstarrung zu klagen hat, es leidet vielmehr unter schlechter Entwicklung das ganze östlich der Karlsriedstraße liegende Stadtgebiet, nicht nur die Altstadt, sondern auch die Dörfle. Der Grund dafür liegt zunächst in der unzulänglich feststehenden allgemeinen Entwicklungsstadien der Stadt gegen Westen, dem Rheine zu. Die Stagnation, die den Osten besaß zu haben scheint, ist, in diesem Ausmaß, durch den Zug nach Westen nicht erklärt. Sie hat ihren Grund zum großen Teil in allgemeinen Anzugsrichtungen im Aufbau der östlichen Stadt, namentlich aber in einer vor dem Kriege durchgeführten tiefenmündenden Veränderung ihrer wirtschaftlichen Struktur durch die Verlegung des Hauptbahnhofs an den Südrand der Stadt, eine Operation, deren Nutzen bis heute noch nicht hat geschloßen werden können. Vielleicht wäre auch hier alles anders, besser gekommen, wenn nicht der Weltkrieg gewesen wäre. So aber gibt heute noch in stofflos über Jahre der große Komplex des früheren Bahnhofs zwischen Südb- und Altstadt und führt zu stetig fortschreitender Entwertung der anstehenden bebauten Stadtgebiete. Die Bahnhofsverlegung hat für diese Gebiete vorerst nur Nachteile, keine Vorteile gebracht; die entstandenen Schäden sind nirgendwo geheilt, die Wunde ist eher größer als kleiner geworden. Die Auswirkungen dieses höchst unerwarteten Zustandes zeigen über das Bahnhofs- und alten Friedhof bis in die Oststadt hinein. Dieser Stadtteil, von jeder fast ganz auf sich gestellt, einseitig über die gefährliche Enge des Durlacher Tors mit der übrigen Stadt verbunden und durch häufige Gefährdung wenig begünstigt, führt obenein einen schweren Kampf um seine Existenz.

Es hätte hiernach kaum einen Sinn, im Innern der Altstadt östlich sanieren zu wollen, ohne zuvor oder mindestens gleichzeitig ihre nähere und weitere Umgestaltung in Ordnung zu bringen. Durch Schließung der Altstadt umgebenden Bauflächen muß zu allererst dort neues kräftiges Leben entstehen. Seit Jahren schon sind deshalb unablässig und energische Bemühungen auf die planmäßige Bebauung der die mittlere Stadt südlich und südöstlich begrenzenden noch ungebauten Flächen gerichtet. Nach langen und schweren Kämpfen um die Art und Weise der städtebaulichen Gestaltung haben Stadtrat und Bürgerausschuß im Jahre 1924 einmütig den von Oberbaurat Professor Dr. Willing vorgeschlagenen Bebauungsplan für das Gebiet des Ettlinger Tors angenommen. Aber erst Ende 1926 konnte der Bezirksrat an Hand dieses Planes die Straßen- und Bauflächen gegen den Widerstand der Reichsbahn feststellen und wiederum erst in diesen Tagen sind die Verträge mit der Reichsbahn und dem Landesrat über den Ankauf des Gebietes des alten Personenbahnhofs durch die Stadt rechtskräftig geworden. Jetzt erst steht hier (insofern) der Bebauung nicht mehr im Wege; sie muß mit allen Kräften betrieben werden. Nordöstlich anschließend ist im Zusammenhang mit der Erstellung eines neuen Altstadts in letzter Zeit auch das

Problem der baulichen Verbindung zwischen Altstadt und Dörfle im Gebiete des Volksbahnhofs und des alten Friedhofs starkgestellt worden;

auch hier die Bauentwicklung bemüht zu fördern, ist unter dem Gesichtswinkel der Altstadtsanierung von größter Bedeutung. Nicht weniger wichtig für die Altstadt wäre eine verstärkte Bauaktivität zwischen Ettlinger Tor und Karlsriedstraße. Selbst noch die besondere Förderung der erstere liegenden Baugebiete der Südbahnhofstraße und wiederum erst in diesen Tagen sind die Verträge mit der Reichsbahn und dem Landesrat über den Ankauf des Gebietes des alten Personenbahnhofs durch die Stadt rechtskräftig geworden. Jetzt erst steht hier (insofern) der Bebauung nicht mehr im Wege; sie muß mit allen Kräften betrieben werden. Nordöstlich anschließend ist im Zusammenhang mit der Erstellung eines neuen Altstadts in letzter Zeit auch das

Centralmarkt hinter dem alten Empfangsgebäude, entstehen und entwickelt werden können. Als lebenswichtig nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang noch die

Durchführung der Amalienstraße durch den Komphengarten und damit die Herstellung des die Kaiserstraße zwischen Durlacher und Mühlburger Tor einleitenden, das Ettlinger Tor aber fast belebenden geschlossenen Verkehrsuges Durlacher Tor-Karlsriedstraße-Kriegsstraße-Amalienstraße-Mühlburger Tor.

Ueber Zweckmäßigkeit und Vordringlichkeit einer zielstrebigsten Bauaktivität, die die nähere und weitere Umgebung der Altstadt be-

nachlingen. Man hörte nur eine Stimme des Lobes über das wirklich gute Programm in allen Teilen. Der Verein darf mit Stolz und Genugtuung ein wohlgeklungenes Werk registrieren. Glückauf zu weiteren Erfolgen!

Die Milchversorgung in Karlsruhe

Anfang dieser Woche wurden im Volkshaus berechnete Klagen über unsere Milchversorgung laut und Vergleiche mit der Versorgung aus den Kreisen dieses wichtigen Lebensmittels in anderen Großstädten angestellt. Es soll dazu bemerkt werden, daß hier schon seit geraumer Zeit Verhandlungen schwelen, um zu einer befriedigenden Lösung dieser Frage zu kommen. In einigen Tagen hoffen wir, wie wir hören, die Verhandlungen zu einem Abbruch zu

vorzutreiben, wird Streit kaum entstehen können. Eine solche Politik der „mittlerbaren“ Sanierung ist nämlich eine Selbstverständlichkeit. Viel wichtiger ist die Entscheidung über Art und Maß der zu treffenden örtlichen Sanierungsmaßnahmen in der Altstadt selbst, der Sanierung im engeren und landläufigen Sinne.

Das „Dörfle“ ist seinerzeit vor den Toren der Stadt als Siedlungsgebiet des ärmeren Teils der Karlsruher Bevölkerung als etwas Gewolltes eigentlich ganz planlos entstanden. Heute liegt das „Dörfle“ aber mitten in der Stadt, die Zahl der hier zusammengeballten schlechten Wohnungen ist allzu groß geworden und wirkt merkwürdigerweise auf die Umgebung. Der Plan nach Sanierung, nach Auflockerung der schlechten Wohnquartiere durch

Abbrüche und Durchbrüche und deren Ersatz durch neueren gütigen Wohn- und Geschäftshäuser an geräumigen Straßen und Plätzen

ist nur allzu verständlich. Man darf dabei aber eines nicht übersehen: Maßnahmen dieser Art in der Karlsruher Altstadt machen sich nur mittelbar bezahlt. Die rein kaufmännische Rechnung hätte zum Ergebnis einig den Wert des Grund und Bodens. Nur der kleinere Teil der bisherigen Bewohner der zu sanierenden Quartiere würde die neuen (teueren) Wohnungen beziehen wollen, die Mehrzahl würde irgendwo anders in der Stadt wieder eine möglicherweise schlechte (billige) Wohnung zu finden suchen.

Der erste Vorschlag für eine Altstadtsanierung, wie er im Generalbebauungsplan enthalten ist, legt sich deshalb wohlüberlegt eine gewisse Beschränkung auf, er empfiehlt, mindestens zunächst, ein sehr vorsichtiges, langsam vor sich gehendes Vorgehen.

Neben verchiedener Straßenverbesserungen (in der Hauptsache Verbreiterungen) und außer einem heute schon vorbereiteten

Durchbruch zwischen Kapellenstraße und Gabelpunkt Zähringerstraße-Durlacher Straße wird ein weiterer Straßenbruch zwischen Durlacher Straße und Falkenbergstraße als Wichtigstes aber die

Freilegung des Bauhofs an der Entenstraße (früher Kleine Spitalstraße) und seine Umwandlung in eine Grünanlage vorgeschlagen.

Die Verbesserungen an den Straßen sollen, wie auch sonst üblich im Laufe der Zeit dadurch entstehen, daß bei Anlaß von durchzuführenden Umbauten der an der Straße stehenden alten Häuser die neuen Häuser auf die Baufläche zurückgeleitet werden, ohne daß es in jedem Falle eines unmittelbaren Eingriffes bedürfte. Dagegen erfordern die Durchbrüche und namentlich die Grünanlage bei der Entenstraße die Erwerbung der betroffenen Hausgrundstücke durch die Stadt. Diese Grundstücke haben heute noch einen Steuerwert von zusammen 600 000 M. bei einer Bodenfläche von 3400 Quadratmetern; die auf ihnen stehenden Häuser sind zur freien freien Feuerversicherung mit 330 000 M. veranschlagt und enthalten 67 Wohnungen. Wiedergewonnen werden Hausgrundstücke im Wert von nur 1400 Quadratmeter; es können auf ihnen Wohnhäuser mit 20 Wohnungen neu errichtet werden.

Wie gesagt, der Generalbebauungsplan ist hier bemüht eine gewisse Zurückhaltung. Vielleicht ist es aber doch vorzuziehen, gleich etwas stärker auszugreifen und das, was der Generalbebauungsplan will, noch durch

Abbruch der westlichen Häuserreihe der Brunnenstraße zwischen Markgrafenstraße und Durlacher Straße, ebenso der Ostseite zwischen Markgrafenstraße und Falkenbergstraße

zu vervollständigen. Einen Versuch in diesem Sinne macht ein zweiter Vorschlag, der in allerjüngster Zeit vom Stadterweiterungsbüro aufgestellt worden ist. Die hierauf an der Markgrafenstraße neu zu errichtenden Baufläche wären sofort zurückzuführen, das Grünanlage der Entenstraße gegen Süden in der Höhe der Brunnenstraße in sehr wirksamer Weise fortzuführen werden kann. Die „Sanierung“ erstreckt sich für diesen Fall auf insgesamt 9000 Quadratmeter Hausgrundstücke mit 1310 000 M. Steuerwert und 755 000 M. Feuerversicherungsansatz. Sie enthalten bisher 183 Wohnungen. Künftig werden auf 5000 Quadratmeter neuer Baugrundstücke rund 100 Wohnungen neu errichtet können.

Man sieht, schon so verhältnismäßig beidseitige Eingriffe laufen (je nach dem Preis, der für die abzubrechenden Häuser bezahlt werden muß) u. M. fast ins Geld. Trotzdem braucht man nach weitergehenden Forderungen, nach denen zu einer wirksamen Sanierung wesentlich stärkere Eingriffe für notwendig erachtet werden, dann wird zu befürchten, wenn man sich darüber einigt ist, daß wenigstens für den Anfang nichts überstürzt werden darf.

Eingehende Studien des Stadterweiterungsbüros haben ergeben, daß nach dem Alter der Häuser und der Wohnwertigkeit der ihnen entfallenden Wohnungen im ganzen 30 000 Quadratmeter Hausgrundstücke mit 750 Wohnungen an sich für Sanierungsmaßnahmen reif wären. Diese Grundstücke haben heute einen Steuerwert von insgesamt 4 800 000 M. und einen Feuerversicherungsansatz von 3 420 000 M. Sie beherbergen ungefähr 20 000 Menschen; dabei entfallen auf den Kopf der Bevölkerung nur 10 Quadratmeter nutzbaren Bodens. Anhand dieser Feststellungen ist ein erster Vorschlag ausgearbeitet worden, der alle diese Grundstücke in einem Gesamtplan der Altstadtsanierung berücksichtigt und so geboten ist, daß er aus dem Generalbebauungsplan hervorgeht. Dem alten angegebenen verbesserten Generalbebauungsplan ist seitlich aufeinanderfolgenden Bauetappen angestrichelt bis zur Ausführung entwickelt werden könnte. Die aus dieser umfassenden Sanierung sich ergebenden neuen Baugrundstücke enthalten eine Gesamtfläche von rund 20 000 Quadratmeter, d. h. 10 000 Quadratmeter weniger als die alten. Es können auf ihnen rund 300 Wohnungen neu errichtet werden; 450 der bis jetzt in der Altstadt untergekommenen Haushaltungen müßten in anderen Stadtteilen verlagert werden. Auf den Kopf der Bevölkerung der sanierten Fläche kämen 25 Quadratmeter nutzbaren Bodens, das sind nur noch 12 Quadratmeter weniger gegenüber dem Durchschnitt der übrigen Stadt.

bringen und dann kann man auch über diese Frage in aller Deutlichkeit sprechen.

Aus der Gartenstadt. Die Verwaltung der Gartenstadt Karlsruhe hat zur Verbesserung der Gartenstadtbewohner auf dem alten Gartenstadtplan einen großen Weichholzbaum aufstellen lassen. Die nachfolgende, etwa 8 Meter hohe Baum scheint aus dem Gartenstadtplan hervorgegangen zu sein. Am heutigen Abend nach Einbruch der Dunkelheit spielte der Volkemusiker Ruppert vor dem in unmittelbaren Blickern ersichtlichen Baum die üblichen Weihnachtslieder. Man sieht die Gartenstadtbewohner in großer Zahl eingetroffen. Durch diese kleine Feiern wurde eine geradezu entzückende Stimmung geschaffen, der sich keiner der Anwesenden entziehen konnte und das Weihnachtsfest wurde dadurch in der Gartenstadt in Stimmungsvoller Weise eingeleitet. Der Baum wird bis zum 2. Januar stehen bleiben und in der Silvesternacht nochmals im Lichterglanz erstahlen.

GLORIA

Ab heute
zeigen wir Ihnen den ganz neu aufgenommenen 100%igen Sprech- u. Tonfilm in Süddeutscher Uraufführung

Alraune

von Richard Oswald

nach Motiven des Ewerschen Romans.
Hauptdarsteller:
Brigitte Helm
als Helene Alraune ten Brinken

Albert Bassermann
als Geheimrat ten Brinken.

Ferner: Bernhard Goetzke, Harald Paulson und Käthe Haack

Wir erlauben uns, nochmals besonders darauf hinzuweisen, daß das heute angezeigte Meisterwerk nicht zu verwechseln ist mit dem bereits vor Jahren angezeigten Film gleichen Titels

Reichhaltiges
tönendes Beiprogramm!

Christl.-Wissensch. Vereinigung
(Christian Science Society) Karlsruhe
Sonnabend, 27. Dez. 9 Uhr
Mittwoch 31. Dez. 8 Uhr

A. Werthhammer
Malermaler
Luisenstr. 37
Telefon 7365

Ausführung sämtlicher Maler- und Anstreicher-Arbeiten
Solide Arbeit, billigste Berechnung

Großer Preisabbau!

Möbel
direkt an Private, nur Qualität • Größte Ausstellungshalle am Platz • Günst. Zahlung, kostenlose Lieferung • Beschichtung ohne jeden Kaufzwang erwünscht.

Gottfried Storch & Sohn
Möbelfabrik • Durlach
beim Finanzamt

Welche Hoffnungen erfüllt das Smallige Kommen

Christi?
Öffentlicher Vortrag: Sonntag, 28. Dezember, 7 1/2 Uhr abends, im Vortragssaal Kriegsstraße 84. Jedermann freundlich eingeladen. Eintritt frei. Ret. P. G. Mat

Arbeiter-Gesangverein „Edelweiß“
Tagelunden e. V.

General-Versammlung
Sonntag, den 4. Januar 1931, nachmittags 1/2 2 Uhr, im Karlsruher Hof (Waldhof)

Agenda:
1. Tagesordnung wird bei Beginn der Versammlung bekanntgegeben.
2. Alle Sänger und Sängerinnen haben zu erscheinen. Die passiven Mitglieder sind hierzu freundlichst eingeladen.
3. Die Verwaltung

FALLERT
TABAK-WAREN

Groß-Vertrieb
Photo-Apparate und Bedarfsartikel
Uebernahme sämtlicher Foto-Arbeiten
Entwickeln von Platten, Filmen, Abziehen, Vergrößerungen in feinsten Ausführung

Karlsruhe-Daxlanden
Platzstraße 54

Gaggenauer Anzeigen

Sie nachgehende Anzeigensorge
Das Bad. Bezirksamt Karstadt teilt mit:
Die nächste Sprechstunde der Heil- und Krankenanstalt Altenau für Krebs- und Gemütskranke findet am Donnerstag, den 8. Januar 1931, nachmittags 1/2 3 bis 4 Uhr in den Räumen der Heilanstalt Altenau im Städt. Krankenhaus zu Karstadt statt.

Einzelne Anzeigen bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis.
Gaggenau, den 23. Dezember 1930
Der Bürgermeister
Schmid

Große Auswahl
Kamelhaardecken
Jacquarddecken
Steppdecken
äußerst preiswert

Arthur Baer Kaiserstr. 133
Eing. Kreuzstr. gegenüber d. kleinen Kirche
Verkaufsräume 1 Treppe hoch
Reisenkaufbekommen

Freim. Versteigerung
Montag, 29. und Dienstag, 30. Dezember
jeweils 1/2 10 und 1/2 3 Uhr beginnend, ver-
steigert sich 1. H. wegen Geschäftsaufgabe
Herrenstraße 21, 2. Stock
eine größere Partie
Herren-Striemen und Halbfähne
Bauern-Striemen und Halbfähne
in schwarz, farbig und rot.

Hesch Goethestraße 18
Telefon 2725

Badisches Landes-Theater
Samstag, 27. Dez.
12
Th.-Gem. S. E.-Or.
2. und 1001-1100

Der Kaufmann von Venedig
Einführung v. E. W. Schreyer
Regie: Dr. Waag
Rittmeister, Herrmann, Knecht, Schreyer, Haubach, Dahlen, Semmel, Graf, Herz, Hierl, Just, O. Kieninger, Lühne, Wehner, Müller, Wirtz, Schulz, Grimm, D. Kieninger, Luther

Anfang 20 Uhr
Ende 22.15 Uhr
Stelle A (0.70-5.00) 8081

Die Bohème
Von Puccini
Dirigent: Schwab
Regie: Bruchmann
Rittmeister: Bant,
Fischerbach, Schreyer,
Kulpa, Kalbach,
Reinwig, Decker,
Mischl, Schöpfung,
Kraus, Müller, Schöpfung,
Wirtz, 15.15 Uhr
Ende 17.30 Uhr
L. Rang und 1. Oberfl. 4.50 1831

Fidelio
Von Beethoven
Dirigent: Krippl
Regie: v. d. Endt
Rittmeister: Bant,
Fischerbach, Schreyer,
Kulpa, Kalbach,
Reinwig, Decker,
Mischl, Schöpfung,
Kraus, Müller, Schöpfung,
Wirtz, 19.30 Uhr
Ende 22.15 Uhr
L. Rang und 1. Oberfl. 3.50 1832

Christi?
Öffentlicher Vortrag: Sonntag, 28. Dezember, 7 1/2 Uhr abends, im Vortragssaal Kriegsstraße 84. Jedermann freundlich eingeladen. Eintritt frei. Ret. P. G. Mat

Arbeiter-Gesangverein „Edelweiß“
Tagelunden e. V.

General-Versammlung
Sonntag, den 4. Januar 1931, nachmittags 1/2 2 Uhr, im Karlsruher Hof (Waldhof)

Fallen
TABAK-WAREN

Groß-Vertrieb
Photo-Apparate und Bedarfsartikel
Uebernahme sämtlicher Foto-Arbeiten
Entwickeln von Platten, Filmen, Abziehen, Vergrößerungen in feinsten Ausführung

Karlsruhe-Daxlanden
Platzstraße 54

Gaggenauer Anzeigen

Sie nachgehende Anzeigensorge
Das Bad. Bezirksamt Karstadt teilt mit:
Die nächste Sprechstunde der Heil- und Krankenanstalt Altenau für Krebs- und Gemütskranke findet am Donnerstag, den 8. Januar 1931, nachmittags 1/2 3 bis 4 Uhr in den Räumen der Heilanstalt Altenau im Städt. Krankenhaus zu Karstadt statt.

Große Auswahl
Kamelhaardecken
Jacquarddecken
Steppdecken
äußerst preiswert

Arthur Baer Kaiserstr. 133
Eing. Kreuzstr. gegenüber d. kleinen Kirche
Verkaufsräume 1 Treppe hoch
Reisenkaufbekommen

Resi
Lichtspiele
Telefon 5111
Waldstraße 30
W 4.00 6.00 8.45
S 3.00 5.00 7.00 8.45

Alles Licht
Der große Erfolg
1000 Worte Deutsch
der erste Sprechfilm mit
Pat & Patachon
Jugendliche, Erwerbslose, Kleinrentner
Wochentags 4 Uhr halbe Preise

Pa-Li
Lichtspiele
Herrenstr.
Telefon 2602

Sonntags:
3.50 7 und 9 Uhr
Wochentags:
4.65 u. 8.30 Uhr

HARRY PIEL
in seinem ersten Ton- und Sprechfilm
"ER ODER ICH"
mit Valery Boothby - Eduard von Winterstein
Oliva Fried - Hans Junkermann u. a. m.
Neueste Wochenschau

Amstige Bekanntmachungen
Einige Eichenstamm
Holzversteigerungen des Forstamts
Karlsruhe-Gebirg:
1. am Montag, den 5. Januar 1931,
morgens 9 Uhr, im Eichenhaus
bei Karlsruhe 471 Eichenstamm-
stückholz.
2. am Dienstag, den 6. Januar 1931,
morgens 9 Uhr, im Eichenhaus
bei Karlsruhe, Karlsruher Str. 12
rund 880 m Eichenstammholz.
Unter den Eichen befinden sich gute (bestat-
tigte) Baumstücke. 1836
Räfliken und weitere Auslast durch das
Forstamt.

Bei den Kreisbahnen für den Kreis Kar-
lsruhe am 23. Dezember wurden gewählt:
als Kreisoberbürger: Oberlandesgerichtsrat
H. Karl Stritt in Karlsruhe.
als Stellvertreter: Kaufmann Friedr. Zöpfer
in Karlsruhe.
als Mitglieder des Kreisrats:
Schweizer Otto, Fabrikant Forstheim
Schubert Friedrich, Metzger a. D. Forstheim
Wagner Jean, Bürgermeister Durlach
Koch Wilhelm, Geschäftsführer Karlsruhe
Stadelbauer Franz Haber, Oberkreuzungs-
rat Karlsruhe
Dr. Weiler Karl, Oberbürgermeister
Burlach
Wattner Friedrich, Kaufmann Friedrichstal
Wall Friedrich, Reichsbahnenoberinspektor
Karlsruhe
Schmitt Karl, Bürgermeister und Land-
wirt, Rajfenhausen.
Die Wahlen liegen in der Zeit vom 2 bis
einschl. 8. Januar 1931 im Büro der Kreisver-
waltung in Karlsruhe, Karlsruhe 18, während
der Dienststunden zur Einsichtnahme aus. Zume-
erst dieser Zeit kann die Wahl von jedem
Wahlberechtigten schriftlich oder mündlich, mög-
lichst mit Bezeichnung der Wahlmittel ange-
kündigt werden. 1836
Karlsruhe, den 24. Dezember 1930.
Der Kreisoberbürger:
Stritt.

Bekämpfung der Schnakenplage.
1. Die Hauseigentümer und deren Stellvertreter
sind auf Grund der bestrempelrechtlichen Ver-
pflichtung vom 23. Mai 1927 verpflichtet,
die in den Kellern, Schuppen, Ställen und
ähnlichen Räumlichkeiten überwinternden
Schnaken durch Befolgen mit Zinkblech,
durch Verdrängen mit feuchten Tüchern,
durch Abflammen oder in sonstiger wirksamer
Weise zu vernichten. Beim Abflammen
ist zur Vermeidung von Feuergefahr mit
der nötigen Sorgfalt zu verfahren. Schna-
kengefahrige Gegenstände lagern, dort
nicht abgeflammt werden.
2. Die Vernichtungsarbeiten sind sofort durch-
zuführen. Mit der Nachschau wird am 20. Jan-
uar 1931 begonnen.
3. Geht sich bei der Nachschau, daß die Ver-
pflichtungen nicht oder nur ungenügend erfüllt
wurden, so hat die Stadtverwaltung die
erforderlichen Maßnahmen auf Kosten der
Verpflichtigten durchzuführen.
4. Den mit der Überwachung und dem Vollzug
der borgeordneten Maßnahmen betrauten
Personen ist, sofern sie sich genügend aus-
weisen, das Vornehmen der Grundstücke zur
Erfüllung ihrer Aufgabe bei Tag jeder Zeit
zu gestatten.
5. Zivilverhandlungen werden gemäß §§ 85
und 87a VZGB mit Geld bis zu 150 Mark
oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraf.
Karlsruhe, den 24. Dezember 1930.
Der Oberbürgermeister.

Silvester im Radio
können auch Sie sich leisten bei
unsern Preisen u. Zahlungsbedin-
gungen. Kompl. Anlage, betriebs-
fertig aufgestellt, ab 99.50
oder Monatsraten von Mark 8.-
Beleuchtung Karper Amalontest; 250
res. Postcheck

Waldweinstock
Karlsruhe
nur Adlerstr. 28
Telefon 5076

erhalten Sie u. a. den
milben Prantweinier
102er Wein (für
4.00 per Liter,
Kotwein 4.05 p.Ltr.
Lieferung frei Haus.

Schöne 2 Zimmer-
wohnung mit Zubehör
auf dem Lande zu verm.
10 Minuten vom Bahnh.
5000 Stetten. Adresse an
Kriegsstr. unter 5 1475
im Volksfreundbüro.

Schwarzer Winter-
überzieher 10 M., feiner
sch. Gehrock in Wolle
10 M., hell, mitt. Güte,
Dr. Ziegler-Damenmantel
Nr. 44, Rahbar, 10 M.
Herrenstr. 20, 1. Tr.

Gut erhaltene Küchen-
einrichtung billig ab-
zugeben. In Karlsruh u.
1475 im Volksfreundbüro

Pianos
Ibach
Stalawski
Schiedmayer
Uebel & Lechleiter
Gebr. Zimmermann

Lagerbesuch erbeten!
Kataloge kostenlos!
Teilzahlung.
Umtausch.
Miete.

H. Maurer
Kaiserstr. 76
Ecke Hirschg.

Pfannkuch
5% Rabatt

Weinsülze pikant . . . 15
Heringsalat mit Mayonnaise 1/4 25
Ochsenmaulsalat . . . Dose 40

Sauere Heringe in Milch-
sauce
nach Hausfrauenart, aus Original-
dose . . . Stück **16**
dlt. 1 Literdose . . . 1.10

Bismarckheringe 3 Stück 20
Rollmöpse . . . von 3 Stück 25
Brat- und Geleeheringe
Feinmarinaden, Räucherfische
Oelsardinen . . . von 25 an

Sardellen, Lachs, Kapern
Krabben, Mayonnaise
Essig- und Salzgurken